Nr. 222 — Jahrgang 14 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 27. September 1929

Volkswille

Anzeigen-preis: 1/64 Seite 3.75, 1/32 Seite 7.50, 1/16 Seite 15.—, 1/8 Seite 30.—, 1/4 Seite 60.—, 1/2 Seite 120.—, 1 ganze Seite 240.— Zloty. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gespaltene mm Zeile 0.60 Zl. von außerhalb 0.80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Bundeskanzler Streeruwitz zurückgetreten

Demission des Gesamtkabinetts — Ein „Erfolg“ des Heimwehrkriegs — Polizeipräsident Schober als Nachfolger

Wien. Streeruwitz begab sich im Laufe des Mittwoch abends zum Bundespräsidenten Miklas und machte ihm von dem erfolgten Gesamtrücktritt der Regierung Mitteilung. Der Bundespräsident betraute die Regierung mit der Fortführung der Geschäfte bis zur Neubildung des Kabinetts.

*

Wien. Das Kabinett Streeruwitz ist am Mittwoch abend zurückgetreten. Der Ministerrat trat gegen 18½ Uhr zusammen und beschloß den Gesamtrücktritt mit der Begründung, daß Kabinett sei zur Erledigung einer begrenzten wirtschaftlichen Aufgabe gewählt worden und wolle sich zurückziehen, da diese Aufgabe erfüllt sei.

Als neuer Bundeskanzler kommt nur Polizeipräsident Schober in Betracht. Aus dem Parlament verlautet, daß sich die Führer der Mehrheitsparteien über die Kandidatur Schobers bereits geeinigt hätten.

In Wirklichkeit ist das Kabinett Streeruwitz, wie bereits gemeldet werden konnte, durch den Landbund gestürzt worden. In einer langen Nachmittagssitzung hat die Reichsparteileitung des Landbundes am Mittwoch beschlossen, den Gesamtrücktritt der Regierung zu verlangen, und zwar mit einer Begründung, in der die mangelnde Rührigkeit der Regierung hervorgehoben wird und ferner die Beunruhigung sowohl im österreichischen Wirtschaftsleben als auch die Zurückhaltung des Auslandes im Kredit für Oesterreich.

Polizeipräsident Schober nimmt die Bundeskanzlerschaft an

Wien. Die Führer der Mehrheitsparteien haben sich noch im Laufe des Mittwoch abends zum Polizeipräsidenten Schober begeben, um ihm die Bundeskanzlerschaft anzubieten. Schober hat diesen Antrag angenommen. Die üblichen Förmlichkeiten bei der Benennung eines Bundeskanzlers werden zweifellos sehr rasch vollzogen werden. Es ist möglich, wenn auch durchaus noch nicht sicher, daß die Wahl Schobers in der Sitzung des Nationalrates am Donnerstag stattfindet.



Bundeskanzler Streeruwitz
ist am Mittwoch mit seinem ganzen Kabinett zurückgetreten.



Polizeipräsident Schober
der bereits zweimal Bundeskanzler war, gilt als Nachfolger von Streeruwitz.

Abbau der Diktatur in Litauen

Der Ministerpräsident über die litauische Politik — Rückkehr zur Verfassung — Neuwahlen in Aussicht

Kowno. Der neue Ministerpräsident Tubelis entwickelte am Mittwoch vor Vertretern der in- und ausländischen Presse die Ziele der neuen Regierung. Die neue Regierung werde den vom Staatspräsidenten festgelegten Kurs weiter verfolgen. In der Innenpolitik seien besondere Aenderungen nicht zu erwarten. Die Regierung werde aber ihrer Tätigkeit die Verfassung zu Grunde legen und nach der Verfassung die innenpolitische Lage konsolidieren. Zunächst würden die Wahlen zu den Selbstverwaltungen später zum Sejm und die Wahl des Staatspräsidenten stattfinden. Besondere Berücksichtigung solle die Landwirtschaft finden. Daneben werden der soziale Schutz ausgebaut werden. Bezüglich des Kriegszustandes und der Pressezensur erklärte der neue Ministerpräsident, daß der Uebergang zu normalen Verhältnissen angestrebt werden würde, daß er aber nur stufenweise erfolgen könne. Alle zur Regierung loyal stehenden Persönlichkeiten könnten zur Mitarbeit am Staate herangezogen werden. In außenpolitischer Beziehung besonders in der Wilnafrage werde der bisherige Kurs beibehalten. Die Beziehungen zu den nördlichen baltischen Staaten sollen enger gestaltet werden. Zu seinen westlichen Nachbarn werde Litauen seine Beziehungen in positivem Sinne weiter ausbauen. Schwierigkeiten mit den Minderheiten gäbe es in Litauen nicht.

Nach dem Grunde für Woldemaras Ausscheiden befragt, erklärte Tubelis, zwischen Woldemaras und den übrigen Ministern hätten Meinungsverschiedenheiten über die Handhabung der Regierungsgewalt bestanden, deren alleinige Ausübung Woldemaras angestrebt habe. Der Staatspräsident habe in dieser Frage aber die Auffassung der Minister unterstützt.

In den Erklärungen des Ministerpräsidenten Tubelis ist bemerkenswert, daß die neue Regierung ihrer Tätigkeit die Verfassung zu Grunde legen werde. Die Ausführungen Tubelis lassen darauf schließen, daß allmählich ein Abbau der Diktatur Platz greifen soll.

Tschiangkaischek über die Lage Chinas

Die Gegensätze der Generäle — Neue Aufstände gegen Nankingregierung — Eine Note Rußlands an China

Peking. Unter dem Vorsitz Tschiangkaischeks wurde am Mittwoch eine außerordentliche Sitzung des Vollzugsausschusses der Kuomintang eröffnet. An der Eröffnungssitzung nahmen teil das gesamte chinesische Kabinett, sowie die Führer der Kuomintang und die Vertreter der chinesischen Armee. Nur die Generale Feng und Jensischan nahmen an der Sitzung nicht teil unter dem Vorwand, sie seien krank. Tschiangkaischek verbreitete sich ausführlich über die innen- und außenpolitische Lage Chinas. Die letzten innerpolitischen Kämpfe in China seien auf die Abenteuersucht gewisser Generale zurückzuführen, die aus der schweren Lage Chinas Kapital schlagen und einen Bürgerkrieg in Szene setzen wollten. Tschiangkaischek wiederholte sodann, daß die letzten Aufstände in den Provinzen Hupei und Kansu von einer Großmacht unterstützt worden seien, die in China Unruhe stiften wolle.

*

Einer Meldung der japanischen Telegraphenagentur Toho zufolge ist in der Provinz Kansu ein neuer Aufstand gegen die chinesische Regierung ausgebrochen. Die Aufständischen würden geführt von einem jungen General namens Li, der bereits Anfang dieses Jahres den mohammedanisch. Aufstand gegen die Nankingregierung geleitet habe. Die Nankingregierung hat den Kampf gegen die Aufständischen mit aller Tatkraft aufgenommen.

Tschiangkaischek bleibt

London. Nach Meldungen aus Schanghai hielt Tschiangkaischek am Dienstag eine Rede, in der er erklärte, daß er entgegen allen Gerüchten nicht zurückzutreten beabsichtige. Er werde den Aufstand des Generals Tschangfakwei mit aller Gewalt unterdrücken und hoffe, inerhalb eines Monats sein Ziel erreicht zu haben. Ueber die tatsächliche Lage des Aufstandes ist nichts genaues bekannt. Der Generalstabschef Tschiangkaischek hat sein Amt niedergelegt.

Aufstand auch in Schantung?

Peking. Wie eine chinesische Telegraphenagentur meldet, sollen auch in der Schantung-Provinz Unruhen ausgebrochen sein. Die ehemaligen Anhänger des Generals Tschangtsuntschang versuchten Tschifu und Tsingtau zu besetzen. Ueber Tschifu sei der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Nankingregierung habe Truppen entsandt, um die Aufstandsbewegung zu unterdrücken.

Vor einem Staatsstreich?

Die Heimwehrgefahr in Oesterreich.

Von Julius Deutsch, Wien.

Die „Heimatschutz-Zeitung“, ein Organ der österreichischen Heimwehrverbände, brachte dieser Tage einen alarmierenden Artikel „Die letzte Warnung“. In diesem Artikel wurde die Regierung aufgefordert zurückzutreten, um „einer starken Regierung“ Platz zu machen, „in der auch die Heimatwehr, die derzeit stärkste Machtgruppe im politischen Kräftespiel, den ihr gebührenden Einfluß besitzt“. Den bürgerlichen Parteien wurde gedroht, daß sie von einer „Volksbewegung vollends verschlungen würden, wenn sie nicht den Entschluß faßten, das Staatsruder in die Hände neuer Männer zu legen, welche die Fähigkeit und die Macht haben, eine Gesundung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durchzuführen. Der Zeiger geht auf 12. Die Parteien sind gewarnt, zum letztenmal!“

Man könnte diese Drohungen der Heimwehr zu den übrigen legen; denn an derlei Drohungen hat es wahrlich in den letzten Monaten nicht gefehlt. Die Heimwehrführer haben keinen Aufmarsch vorübergehen lassen, ohne sich nicht in wilden und wüsten Drohreden zu ergehen. Es ist indes fraglich, ob die zahlenmäßige Macht der Heimwehren in den letzten Wochen wirklich erheblich größer geworden ist. Alles Bramarbasieren der Führer der Heimwehrverbände vermag den nüchternen Beobachter nicht darüber zu täuschen, daß da unter großem Geschrei sich verhältnismäßig wenig Wolle verbirgt. Die Reklame der bürgerlichen Zeitungen plustert die Heimwehr zu einer Volksbewegung auf, die sie in Wirklichkeit in diesem Maße gar nicht ist. Die Heimwehr ist auch in den letzten Wochen das geblieben, was sie früher war, nämlich ein Sammelbecken aller möglichen unzufriedenen, ja deklassierten Elemente, die von putschistischen Offizieren militärisch gedrillt werden. Die großen Massen des Volkes stehen sowohl in Wien wie auch in den übrigen Bundesländern Oesterreichs abseits. Aber wenn auch die Heimwehrbewegung an sich keineswegs eine zahlenmäßige überwältigende Macht darstellt, wäre es doch falsch, zu verkennen, daß die politische Entwicklung sie nunmehr zu einer Gefahrenquelle ersten Ranges gemacht hat.

Die Gefahr liegt darin, daß sowohl die Regierung als auch die bürgerlichen Parteien es nicht wagen, den Heimwehren entgegenzutreten. Die Auseinandersetzungen, die vom 17. bis 19. September im österreichischen Nationalrat geführt wurden, haben eine sehr traurige Klarheit geschaffen; der christlich-soziale Bundeskanzler Streeruwitz wagte sich gar nicht selbst ins Parlament, sondern überließ die Vertretung der Regierung seinem landbündlerischen Stellvertreter, dem Vizekanzler Schumy. Dieser erklärte am ersten Tage der Auseinandersetzung, daß die Regierung entschlossen sei, allen Putschabsichten mit den staatlichen Machtmitteln entgegenzutreten. Zwei Tage



Nobelpreisträger Zsigmondy †

Der Ordinarius für anorganische Chemie an der Universität Göttingen, Professor Dr. Richard Zsigmondy, ist im Alter von 64 Jahren gestorben. Für seine bahnbrechenden Arbeiten auf dem Gebiete der Kolloidchemie, die durch das von ihm gemeinsam mit dem Physiker Siedentopf konstruierte Ultramikroskop ermöglicht wurden, erhielt er 1926 den Nobelpreis für Chemie.

---

später aber war er bereits viel rückhaltender geworden und deutete an, daß er persönlich keinen Putsch mitmachen, sondern eher zurücktreten werde — — —

War schon die Haltung des Regierungsvertreters mehr als zaghaft, so ließen die Redner der bürgerlichen Parteien erkennen, daß sie vollends vor den Heimwehren die Segel gestrichen haben. Aus dem bürgerlichen Lager wird, das hat diese Parlamentsdebatte gelehrt, der Widerstand gegen einen gewaltsamen Vorstoß der Heimwehr nur sehr schwach sein! Wohl gibt es eine Anzahl bürgerlicher Politiker, die sich mannhaft zur Demokratie bekennen. Insbesondere die Führer der christlichen Gewerkschaften, die durch die Heimwehrgewerkschaften am unmittelbarsten bedroht sind, scheuen sich nicht, sehr starke Worte gegen die Putschisten zu gebrauchen. Aber ob die Führer der christlich-sozialen Arbeiterschaft stark genug sind, sich im Lager der antimarxistischen Einheitsfront durchzusetzen, ist wieder eine Frage, auf die schwer eine Antwort zu geben ist. Im Lager dieser antimarxistischen Einheitsfront geht es nämlich drunter und drüber. Den meisten politischen Führern graut es wohl vor den putschistischen Heimwehren, aber nur wenige haben den Mut, dies zu sagen. So ziehen die einen hin, die anderen her, können sich weder auf positive Forderungen einigen, noch die negativen Bedrohungen durch die Heimwehren abwehren und bieten alles in allem ein Bild der Zerfahrenheit und kläglicher Ratlosigkeit.

Die Verteidigung der Demokratie und der Verfassung ist zum allergrößten Teil auf das organisierte Proletariat übergegangen. Dort herrscht allerdings eine Kampfesentschlossenheit wie nie zuvor. Eine wirkliche Volksbewegung ist über Nacht entstanden, die Hunderttausende in ihren Bann zog. Niemals waren die Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei stärker besucht als jetzt, niemals war die Stimmung begeisterter und niemals war der Zustrom zum republikanischen Schutzbund stärker als in den Tagen, in denen die Heimwehren ihre Staatsstreichdrohungen in die Welt schleuderten. Karl Seitz, der Bürgermeister von Wien, hat dieser Tage in einer Versammlungsrede dem österreichischen Proletariat aus dem Herzen gesprochen, als er erklärte, daß sich die österreichische Arbeiterschaft selbst dann stark genug fühle, Verfassung und Demokratie zu schützen, wenn der behördliche Apparat versagen sollte. „Da gibt es keinen", so rief er aus, „vom Jüngsten bis zum Aeltesten, der nicht jeden Augenblick bereit ist, seinen Mann zu stellen und mit seiner ganzen Person einzustehen für die Rechte des Volkes."

Angesichts der Kampfesentschlossenheit der Arbeiterklasse und der guten Disziplin des Republikanischen Schutzbundes haben die Heimwehrblätter vorerst noch einmal zum Rückzug geblasen. Sie lassen jetzt verkünden, daß sie keineswegs einen Putsch oder einen Staatsstreich beabsichtigen, sondern nur darauf drängen wollen, daß das Parlament eine ihnen genehme Verfassungsänderung durchführe. In der Heimwehr kreuzen sich so viele einander widersprechende Interessen, Intrigen und persönliche Ambitionen, daß irgendein Unverantwortlicher leicht eine Abteilung mitreißen und zu Putschversuchen zu bringen vermag. Was aus solchen Ereignissen entstehen kann, ist nicht vorauszusehen. Von vielen Seiten wird der Sonntag des 29. September als ein „Lostag" angesehen. An diesem Tage finden nämlich in der weiteren Umgebung Wiens vier Heimwehraufmärsche statt. Tags vorher werden in den gleichen Orten die Scharen des Republikanischen Schutzbundes aufmarschieren. Zur gleichen Zeit, in der die Heimwehrversammlungen stattfinden, werden die Sozialdemokraten Niederösterreichs in 700 Volksversammlungen zu den Massen sprechen. Bei dem Aufgebot solcher Massen kann es natürlich zu Zwischenfällen kommen, die sich unter Umständen zu größeren politischen Ereignissen ausweiten. Aber es ist immerhin zu hoffen, daß der 29. September zu keiner ernsten Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Oesterreich führt: denn angesagte Revolutionen pflegen nicht einzutreffen.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß für die nächste Zukunft keine Gefahren bestehen. Ob ein Putschversuch am 29. September oder an einem anderen Tage gewagt wird, vermag heute niemand vorauszusehen. Aber sicher ist, daß jeder Putschversuch auf den unbeugsamen und entschlossenen Widerstand der organisierten Arbeiterklasse stoßen wird.

Galizisches Dorf niedergebrannt

Warschau. Wie aus Lemberg gemeldet wird, ist das galizische Dorf Opluko von einem Großfeuer fast völlig zerstört worden, während der größte Teil der Einwohner in der nächsten Stadt auf dem Jahrmarkt war. Im ganzen fielen 55 Bauernhöfe mit allen Nebengebäuden den Flammen zum Opfer. Etwa 300 Personen haben ihre Heimstätte und ihren gesamten Besitz verloren. Der Schaden beträgt mehr als 500 000 Mark.

London und Moskau

Schleppender Gang der russisch-englischen Verhandlungen — Unzufriedenheit im Kreml

London. Der russische Botschafter Dowgalewski traf Mittwoch nachmittag um vier Uhr begleitet von einem Sekretär im Auswärtigen Amt ein.

Die Unterhaltung mit dem englischen Außenminister Henderson währte nur eine halbe Stunde. Von seiten des auswärtigen Amtes wurde keinerlei Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen herausgegeben. Es gilt als wahrscheinlich, daß die Unterhaltung am Donnerstag fortgesetzt werden wird.

Die optimistischen Auslassungen Dowgalewskis, die am Mittwoch in London verbreitet wurden, werden in politischen Kreisen als ziemlich verfrüht bezeichnet. Es wird bestritten, daß sie als ein Beweis für ein Nachgeben der englischen Regierung anzusehen seien. Man weist darauf hin, daß die Arbeiterregierung zwar in einer schwierigen Lage deswegen sei, weil sie sich bei den Wahlen auf Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland festgelegt habe, während man jetzt die russischen Verhandlungen als eine Angelegenheit zweiter Ordnung betrachte. Aber auf der anderen Seite ist die Regierung verpflichtet, die Beziehungen zu Rußland nicht ohne die Zustimmung des Parlaments wieder aufzunehmen. Demnach ist die Lage so, daß Henderson und Dowgalewski nach Belieben Unterhaltungen und Besprechungen führen können, aber die wirkliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen kann erst nach dem Wiederzusammentritt des Parlaments erfolgen.

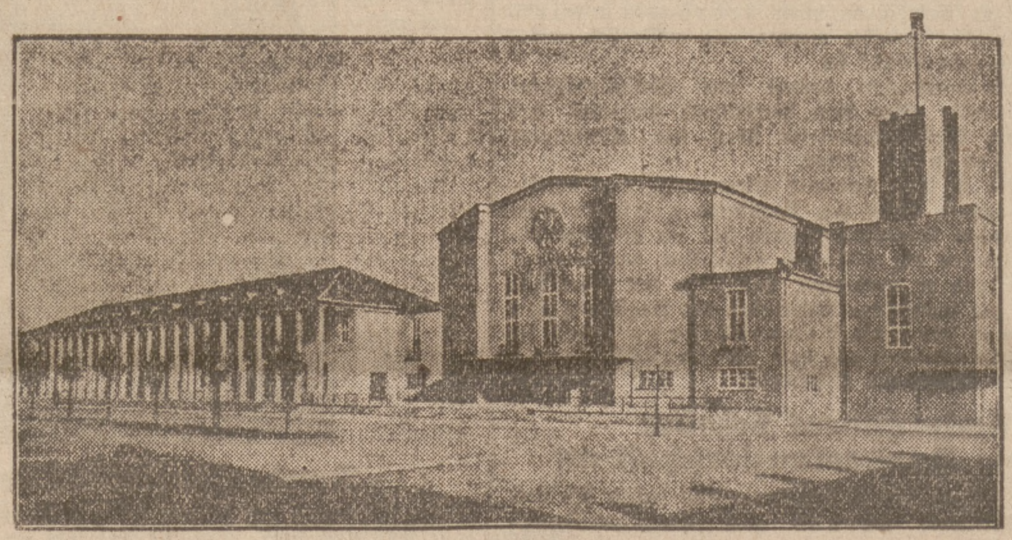
Rußland mit den Verhandlungen in London unzufrieden

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die ersten Besprechungen zwischen dem sowjetrussischen Botschafter Dowgalewski und dem englischen Außenminister Henderson in Moskauer politischen Kreisen große Unzufriedenheit hervorgerufen. Die erste Unterredung habe bereits bewiesen, daß die englische Regierung noch nicht bereit sei, mit der Sowjetregierung normale Beziehungen herzustellen.

Abschluß in Genf

Schöne Reden — wenig Taten — In Erwartung kommender Fortschritte — Die Hoffnungen auf den Haager Weltgerichtshof

Genf. Die diesjährige ordentliche Vollversammlung des Völkerbundes ist Mittwoch durch den Präsidenten Guerrero, den Vertreter von San Salvador geschlossen worden. Der Präsident faßte in seiner Schlußrede noch einmal die Ergebnisse dieser Tagung zusammen. Er betonte, daß die diesjährige Tagung einen außerordentlichen Geist der Initiative gezeigt und neue Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten, insbesondere dem Gebiete der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit gebracht habe. Drei Großmächte hätten jetzt die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Haager Internationalen Gerichtshofes unterzeichnet. Besonders zu begrüßen sei, daß dem Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Gerichtshof nunmehr der Weg geebnet sei. Die großen Gedanken des Kelloggpaktes hätten einen maßgebenden Einfluß auf die Verhandlungen ausgeübt. Man sei daher bestrebt gewesen, den Völkerbundspakt mit dem Kelloggpakt in Uebereinstimmung zu bringen. Mit besonderer Genugtuung sei es begrüßt worden, daß der Gedanke der europäischen Verständigung von der Völkerbundstribüne aus vertreten worden sei. Die Vertreter aller Staaten hätten darüber ihre Zufriedenheit ausgedrückt. Die blutigen Erfahrungen des Weltkrieges hätten die Menschheit gelehrt, daß es keinen grausameren Feind als den Krieg gebe. Dies sei der einzige Feind, den der Völkerbund mit allen Mitteln bekämpfen werde. Der Völkerbund kenne keinen Haß, sondern nur die Hingebung an das allgemeine Interesse und das Glück aller. Der Präsident erklärte dann die 10. Völkerbundsversammlung als geschlossen.



Eine Kulturstätte in der Grenzmark

das „Reichsdankhaus" in Schneidemühl, wird am 6. Oktober eingeweiht. Der schöne Bau, der mit Unterstützung des Reiches errichtet wurde, umfaßt ein Theater, eine Bibliothek und Festräume.

Neue russische Note an China

Kowno. Nach Meldungen aus Moskau übermittelte am Mittwoch das Außenkommissariat der Sowjetunion dem dortigen deutschen Botschafter eine Note zur Weiterleitung an die chinesische Regierung. In der Note verweist die Sowjetregierung auf ihre Note vom 9. September an China mit der Forderung, das chinesische Oberkommando in der Nordmandschurei solle sämtliche weißgardistische Banden sofort auflösen, da diese einen Krieg verursachen könnten. Trotzdem habe bisher die chinesische Regierung die weißgardistischen Banden nicht entwaffnet, sondern falsche Nachrichten über angebliche Ueberfälle russischer Truppen verbreitet. Die Sowjetregierung stelle fest, daß sie alle Maßnahmen zur Verhütung eines Krieges mit China getroffen habe. Sie mache deshalb China für alle Ueberfälle weißgardistischer Banden auf Sowjetgebiet verantwortlich. Die Sowjetregierung erkläre, daß sie dem Oberbefehlshaber der russischen Truppen im fernen Osten, Blücher, sämtliche Vollmachten zum Schutze der Sowjetrussischen Grenzen erteilt habe.

Die Rüstungstreiber

Aufsehenerregende Erklärung im Fall Shearer vor dem Untersuchungsausschuß.

Neuyork. Der Vizepräsident der Newport News Schiffswerft und Trockendock-Gesellschaft, Palen, machte vor dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats aufsehenerregende Erklärungen in der Angelegenheit Shearer. Palen gab zu, daß er für die Anstellung des „Beobachters" Shearer mit einem Gehalt von 25 000 Dollar verantwortlich sei. Er habe es getan, um über den Fortgang der Flottenabrüstungsberatungen in Genf im Jahre 1927 genau unterrichtet zu sein.

Diese Aussagen werfen ein neues Licht in diese bisher ungeklärte Angelegenheit, besonders da Palen weiter behauptete, daß noch zwei andere Schiffswerften dazu beigetragen hätten, das Gehalt des „Beobachters" Shearer aufzubringen.

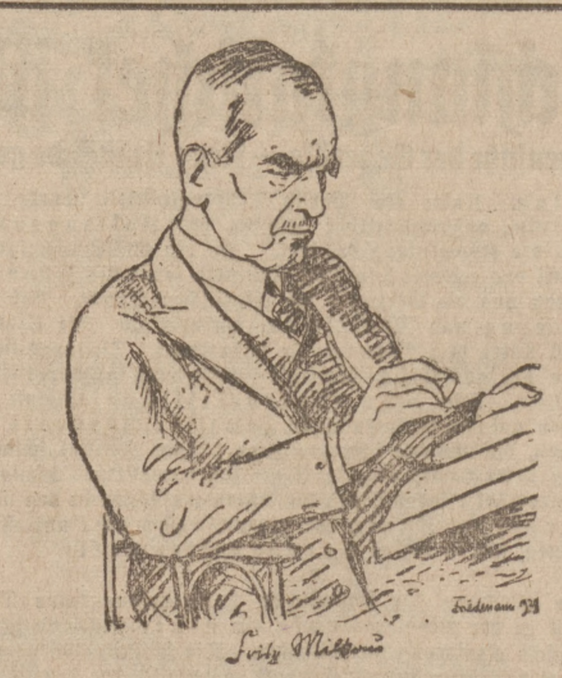
Einführung der fünftägigen Arbeitswoche in Rußland

Kowno. Nach Meldungen aus Moskau hat der Rat der Volkskommissare am Dienstag beschlossen, die Verordnung über die Neuregelung der Arbeitszeit in der Industrie, sowie bei den Behörden, die zur ununterbrochenen Arbeitswoche übergehen, sofort in Kraft zu setzen. Aus den einzelnen Bestimmungen der Verordnung geht hervor, daß in sämtlichen Industrieunternehmungen mit Ausnahme der Saisonbetriebe, sowie in sämtlichen Sowjetbehörden, die zur ununterbrochenen Arbeitswoche übergehen, die 5tägige Arbeitswoche eingeführt wird. (Vier Tage Arbeit, ein Tag Ruhe.) Eine weitere Bestimmung der Verordnung regelt die Frage der Feiertage in der Sowjetunion. Der Neujahrstag, sowie sämtliche religiösen Feiertage, also Weihnachten, Ostern, Pfingsten und die Feiertage der Orthodoxenkirche werden abgeschafft. Die Arbeit wird an diesen Tagen in der üblichen Weise verrichtet. Nur die Revolutionsgedenktage im Mai und November gelten als Feiertage.

Zu dem Ueberfall auf das Kinderdorf in Palästina

Jerusalem. Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet: In dem von Beduinen überfallenen sogenannten Kinderdorf Kfar Hay Yeladim ist Militär zur Bewachung eingerückt. Unter den Beduinenstämmen im Sinaigebiet macht sich erneut Unruhe bemerkbar.

Zur Frage der Regierungsumbildung wird in Regierungskreisen erklärt, daß die linke Arbeiterpartei für eine Koalition nicht in Frage komme.



Geheimrat Professor Dr. Milkau

der ehemalige Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek, vollendet am 28. September das 70. Lebensjahr. (Skizze nach dem Leben.)

Oberschlesische Beschwerden vor dem Völkerbund

Dem Völkerbundsrat lagen in seiner Schlußsitzung am Mittwoch neun Minderheitenbeschwerden aus Oberschlesien zur Entscheidung vor, davon sechs von der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien und drei von der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien. In den meisten Angelegenheiten war das dem Rat zugeleitete Material wie von deutscher Seite mitgeteilt wird, teils so umfangreich und verwickelt, daß für eine sichere Entscheidung die Prüfung im örtlichen Verfahren vor dem Minderheitenamt und der gemischten Kommission das Gebotene erschien, um den Sachverhalt einwandfrei aufzuklären und eine endgültige juristische Entscheidung vorzubereiten. Zum Teil waren die Bemerkungen der Regierungen erst so kurz vor der Tagung vollständig, daß im Hinblick auf die starke Inanspruchnahme der Beamten des Völkerbundsekretariats und des Berichterstatters eine ausreichende Prüfung bis zum Ende der Ratstagung nicht angängig war.

Im einzelnen wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Um die deutsche Minderheitsschule in Koschentin

Die Beschwerde über die Nichterrichtung der Schule in Koschentin war bereits im Dezember 1928 in Lugano vor dem Rat erörtert, jedoch vertagt worden, da nach den Erklärungen der polnischen Regierung den Erziehungsberechtigten erneut Gelegenheit gegeben werden sollte, die erforderlichen Erklärungen wegen Errichtung der Schule abzugeben. Nach Auffassung der Minderheit war die nach der Genfer Konvention vorgeschriebene Kinderzahl von 40 für den Antrag auf Schuleröffnung richtig nachgewiesen, nach Auffassung der polnischen Regierung war jedoch ein sehr großer Teil dieser Erklärungen nicht gültig. Die Gründe dieser angeblichen Ungültigkeit und die Namen der Kinder waren der deutschen Minderheit bisher nicht bekannt gewesen. Infolgedessen war sie nicht in der Lage sich davon zu überzeugen, ob diese Ungültigkeit zu Recht bestehe oder nicht. Die deutsche Minderheit hatte daher beantragt, die polnische Regierung zu veranlassen, in allen derartigen Fällen der deutschen Minderheit, bezw. den Erziehungbberechtigten nach Abschluß der Prüfung stets genau die Gründe für die angeblichen Ungültigkeitserklärungen mitzuteilen. In den ersten Bemerkungen hatte sich die polnische Regierung darauf beschränkt, dem Rat die Zahl der für ungültig angesehenen Erklärungen und die Gründe mitzuteilen. Erst vor wenigen Tagen ergänzte sie ihre Bemerkungen durch Vorlage einer namentlichen Liste der in Betracht kommenden Kinder unter Anführung des Ungültigkeitsgrundes.

Bei dieser Sachlage war es für den Rat nicht möglich, eine schlüssige Entscheidung zu treffen. Er beschloß daher die polnische Regierung zu veranlassen, die Namen der Kinder und auch die Ungültigkeitsgründe schriftlich der deutschen Minderheit und den Erziehungsberechtigten zur Kenntnis zu bringen und es der deutschen Minderheit zu überlassen, wenn diese sich nicht davon überzeugen könnte, daß die Errichtung der Minderheitsschule in Koschentin zu Recht versagt worden ist, nunmehr erneut gemäß den Bestimmungen der Genfer Konvention dagegen vorstellig zu werden. Damit hat die deutsche Minderheit durchaus die Möglichkeit und Gelegenheit ihre Rechte weiter zu verfolgen.

Gegen die Bestrafung von Schulversäumnissen deutscher Schulkinder

Rückerstattung der zu Unrecht erhobenen Schulstrafen und Gerichtskosten.

In der zweiten Beschwerde des Deutschen Volksbundes wegen der Bestrafung der Schulversäumnisse war zunächst zu unterscheiden zwischen den Erziehern, die nach dem Ratsbeschluß vom 12. März 1927 nicht bestraft werden sollten und den Erziehern, die für spätere Schulversäumnisse ihrer Kinder, die zur deutschen Minderheitsschule nicht zugelassen wurden, mit Strafen belegt worden sind. Im ersten Fall hatte der Rat anerkannt, daß die Bestrafungen rückgängig zu machen und auch die mit den Strafen eingezogenen Gerichtskosten zu erstatten sind. Im zweiten Fall hat der Rat davon Kenntnis genommen, daß die polnische Regierung bis auf weiteres mit wohlwollender Nachsicht solche Schulversäumnisse behandeln will. Der Rat nahm einen Bericht an, in dem von der Erklärung der polnischen Regierung Kenntnis genommen wird, in keinem einzigen Fall die Strafen und Gerichtskosten einzuziehen. In denjenigen Fällen, in denen die Kosten des Gerichtsverfahrens bereits bezahlt seien, würden sie in kürzester Frist zurückgezahlt werden.

Der Fall des Bergmannes Mrozik

Die Beschwerde des Bergwerksangestellten Mrozik wegen Entziehung seines Patentes durch das Oberbergamt in Kattowitz, die der Rat sodann auf Grund der Beschwerde des Deutschen Volksbundes behandelte, konnte keinen Erfolg haben. Nach der eigenen Angabe des Mrozik war durch eine Nachlässigkeit von ihm beim Fahren des Förderkorbes ein Unfall entstanden, dem leicht Menschenleben zum Opfer fallen konnten. Die Bestimmungen sehen vor, daß das Patent bei nicht genügend sorgfältiger Beachtung der Bergvorschriften entzogen werden kann und wenn das Oberbergamt bei einem derartigen Ereignis, bei dem die Verantwortung von Menschenleben auf der korrekten Beachtung der Vorschriften beruht, zur Entziehung des Patentes kam, kann der Nachweis, daß die Entziehung wegen der Zugehörigkeit des Mrozik zur deutschen Minderheit erfolgt sei, für nicht erbracht angesehen werden.

Die Polonisierung der Knappschaft in Tarnowitz

Der Fall Lubos. — Entlassung deutscher Knappschaftsärzte. Benesch und Czapla. — Ist die Oberschlesische Knappschaft eine öffentliche Einrichtung.

Die Beschwerden des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien wegen der Entlassung des Knappschaftsangestellten Lubos und der von der Verwaltung der Spolka Bracka (Knappschaftskasse) wegen seiner Minderheitszugehörigkeit ihm gegenüber ausgeübten Druckmaßnahmen hatte der Rat schon in seiner Märztagung 1929 sich beschäftigt.

Lubos hatte die minderheitsfeindliche Tätigkeit der Leitung der Knappschaftskasse durch sehr deutliche und tatkräftige Dokumente belegt. Die polnische Regierung hatte in ihren Bemerkungen, die der Märztagung vorgelegen hatten, die Richtigkeit dieser Tatsachen nicht in Abrede gestellt, wenn auch nicht ausdrücklich zugegeben, sondern sich auf die Behauptung beschränkt, daß die Knappschaftskasse eine private Gesellschaft sei, auf die der Staat beim besten Willen keine Möglichkeit des Einschreitens besitzt. Da auch der staatliche Schulinspektor, wie Lubos nachgewiesen hatte, amtliche Schritte unternommen hat, um Lubos zu einer Herausnahme seiner Kinder aus der deutschen Minderheitsschule zu veranlassen, hatte sich die polnische Regierung in der Märztagung des Rates bereiterklärt, diese Frage nachträglich zu untersuchen. Der Rat hatte bei dieser Sachlage ausgesprochen, daß, wenn die Krankenkasse, wie die polnische Regierung behauptet, privaten Charakter habe, die polnische Regierung nicht für die Handlungen der Leitung des Knappschaftsvereins verantwortlich gemacht werden können. Zugleich hatte er die polnische Regierung ersucht, über das Ergebnis der Untersuchung gegen den Schulinspektor ihm Kenntnis zu geben. Nach dieser Ratsentscheidung hatte Lubos durch Vermittlung des Deutschen Volksbundes eine erneute Eingabe an den Rat gerichtet, und mit langen juristischen Gründen den öffentlichen Charakter der Spolka Bracka dargelegt. Die polnische Regierung ist demgegenüber bei ihrer Behauptung, daß es sich um eine private Einrichtung handele, stehen geblieben, hat dabei aber bemerkt, daß die von der Spolka Bracka gegen Lubos ausgesprochene Entlassung nichts mit seiner Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit zutun gehabt habe. Im übrigen hat sie dem Völkerbundsrat mitgeteilt, daß der in Frage kommende Schulinspektor wegen seines unrichtigen Verhaltens von dem Wojewoden einen Verweis erhalten habe. In dem heute von dem japanischen Botschafter Adatschi dem Rat vorgelegte Bericht wird vorgeschlagen, zu der Frage ob und inwieweit Lubos zu Recht entlassen ist und Anspruch auf Schadloshaltung oder Genugtuung besitzt, von der Erklärung der polnischen Regierung, daß seine Entlassung nichts mit seiner Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit zutun gehabt habe, Kenntnis zu nehmen, ferner als erledigt anzusehen, die Beschwerde wegen des Verhaltens des Schulinspektors, während die dritte Frage, ob die Leitung und die Beamten der Spolka Bracka einen unzulässigem Druck auf Lubos ausgeübt haben, mit dem im Januar vor dem Rat zur Verhandlung kommenden Fall Benisch-Czapla und dem neuen Fall der Entlassung von 14 deutschen Aerzten durch die Leitung der Spolka Bracka zu verbinden, abends die Frage der Rechtsnatur der Spolka Bracka, daß sie als öffentliche Einrichtung anerkannt ist, vom Rat eingehend zu prüfen sein wird. Je nach dem Ausfall dieser Prüfung wird das Verhalten der Leitung der Spolka Bracka gegenüber Lubos erneut vom Rat geprüft werden. Darüber, daß dem von Lubos erhobenen Antrag wegen Aufhebung seines Anstellungsvertrages bei der Spolka Bracka in dem Bericht nicht Rechnung getragen wird, hat die deutsche Regierung durch Staatssekretär von Schubert heute eine Erklärung abgegeben. Schubert erklärt, daß der vorliegende Bericht keineswegs der deutschen Auffassung voll Rechnung trage, insbesondere, da er in keiner Weise den Vorschlägen, die von Lubos gemacht wurden, Folge leistete. Andererseits schlage der Bericht vor, während der Januartagung des Rates die grundsätzliche Frage zu klären, ob die Knappschaftskasse eine private oder öffentliche Einrichtung ist. Ferner soll die Frage geprüft werden, ob Druckmaßnahmen gegen Lubos durch gewisse Beamte der Knappschaftskasse ausgeübt worden seien. Schubert betonte, daß er sich zu dieser Frage der Stimme enthalten werde. Der polnische Delegierte Sokol erwiderte darauf, daß die polnische Regierung die Frage bereits eingehend geprüft habe, ob die Knappschaftskasse eine öffentliche oder private Einrichtung sei.

Die polnische Regierung sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß es sich hier um ein rein privates Unternehmen handele, da sich die Tätigkeit nur auf die Beziehungen zwischen den Mitgliedern untereinander beschränkt. Eine Kontrolle der Knappschaft sei keineswegs erforderlich. Auch wenn sie unter staatlicher Kontrolle stände, wäre sie nicht eine Einrichtung öffentlichen Rechtes. Die polnische Regierung nehme den Bericht des japanischen Botschafters Adatschi an. Ohne weitere Aussprache wurde der Bericht einstimmig angenommen. Zu diesem Fall ist darauf hinzuweisen, daß die endgültige Entscheidung grundsätzlich von der Frage abhängt, ob die Knappschaftskasse eine öffentliche oder private Einrichtung ist. Wird später diese Frage bejaht, so wird notwendigerweise — wenn die Druckmaßnahmen durch die Spolka Bracka als ungerechtfertigt festgestellt sind — naturgemäß auch seine Entlassung zur Sprache kommen können und müssen. In dem heute ebenfalls vorliegenden Fall Benisch-Czapla liegen zurzeit Erklärungen über den Tatbestand seitens der polnischen Regierung noch nicht vor. Abgesehen davon, hängt seine Beurteilung auch von der für den Fall Lubos entscheidenden Frage ab, ob die Spolka Bracka eine Einrichtung privaten oder öffentlichen Rechtes ist. Der Fall wurde dann auf die Januartagung verschoben.

Gegen die Entlassung des Bergwerksdirektors Pietsch von der Königs- und Laurahütte

Die Beschwerde des deutschen Bergwerkdirektors Pietsch über das Verhalten der polnischen Behörden, die auf den Aufsichtsrat der Königs- und Laurahütte einen unzulässigen Druck ausgeübt haben, um ihn wegen seiner Angehörigkeit zur deutschen Minderheit aus seiner Stellung zu bringen, schwebt bereits seit 1927 bei dem Minderheitenamt der gemischten Kommission in Oberschlesien. Ein Bericht von Calonder liegt bisher noch nicht vor, nun aber hat die polnische Regierung mit ihren letzten ergänzenden Bemerkungen angegeben, daß am 1. Juli 1929 dem Präsidenten Calonder die Stellung der polnischen Regierung mitgeteilt und Calonder nunmehr im Besitz der gesamten Dokumente sei. Es handelt sich um sehr umfangreiches und kompliziertes Material, dessen Nachprüfung für den Rat mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft sein würde. Andererseits kann man annehmen, daß das Verfahren von Calonder binnen Kurzem zu Ende geführt sein wird und dann eine gründliche Durchprüfung vorliegt. Bei dieser Sachlage erscheint es für die Behandlung dieser Angelegenheit unzweifelhaft für das Vorteilhafteste, wenn der Rat sich während des schwebenden Verfahrens von einem Eingriff enthält. Nach den im April 1929 in Paris stattgefundenen Vereinbarungen würde die Beschwerde ohne weiteres von dem Rat wieder aufgenommen werden können, wenn die Behandlung der Gemischten Kommission sich noch weiter verzögern sollte. Andererseits ist aber nach der Genfer Konvention das Recht gegeben, falls dies zu Ungunsten von Pietsch ausfallen, bezw. gegen eine ablehnende Stellungnahme der polnischen Regierung, oder falls Calonders Entscheidung zugunsten von Pietsch ausfalle, erneut den Rat anzurufen. Dann würde aber der Rat auf Grund des selbsttätig durchgeprüften Materials eine ausreichende Basis zu einer Entscheidung haben. Der Rat nahm zu dieser Frage einen Bericht an, in dem erklärt wird, daß keinerlei Veranlassung vorliege in das bereits schwebende Verfahren einzugreifen, das kurz vor seinem Ende stehe. Eine sachliche Prüfung dieses Falles fand daher nicht statt.

Die drei polnischen Beschwerden aus Westoberschlesien

Der Fall Oppeln — Befriedigende Erklärungen der deutschen Regierung — Unberechtigte poln. Beschwerden

Der Rat behandelte zum Schluß drei Beschweredn des Verbandes der Polen in Deutschoberschlesien. Zu den Oppelner Zwischenfällen nahm der Rat ohne jede Aussprache einen Bericht des japanischen Botschafters Adatschi an, in dem der Rat von der Erklärung der deutschen Regierung zu diesen Zwischenfällen Kenntnis nimmt und das feste Vertrauen ausspricht, daß derartige schwere Vorfälle in Zukunft nicht mehr vorkommen würden. Dem Rat war eine umfangreiche Denkschrift der Reichsregierung übermittelt worden, in der ins Einzelne gehende Mitteilungen über die in Oppeln ergriffenen Maßnahmen, insbesondere Versetzung in den Ruhestand der einzelnen verantwortlichen Beamten der Schutzpolizei, Strafmaßnahmen gegen alle Verdächtigen und gegen Attentäter dargelegt wurden. Weiter wird darin betont, die deutsche Regierung könne für derartige Vorfälle nicht verantwortlich gemacht werden. Eingehend wird auf die Haltung der polnischen Presse hingewiesen.

Die zweite Beschwerde des Verbandes der Polen in Deutschland über den Erwerb von Grundbesitz in Deutschoberschlesien durch Polen wurde auf den Januar vertagt.

Zu der dritten polnischen Beschwerde wegen der Bedrohung der Sicherheit der polnischen Minderheit in Deutschland nahm der Rat gleichfalls ohne Aussprache einen Bericht entgegen, in dem festgestellt wird, daß auf Grund der Erklärung der deutschen Regierung diese Frage als geklärt angesehen werden könne. Die deutsche Regierung hat es übernommen, durch die lokalen Behörden die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze der Sicherheit der polnischen Minderheit in Deutschoberschlesien zu ergreifen.

Betriebsrätekongreß für die Eisenhütten

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Auf Grund der Aufforderung der Arbeitsgemeinschaft für Eisenhütten, haben sich die Betriebsräte am 25. September zahlreich gestellt. Die Tagesordnung umfaßte sehr wichtige Punkte und zwar den letzten Schiedsspruch, über die allgemeine Lohnerhöhung, wie den Manteltarif. Dazu kam die Frage des noch heute bestehenden Indexes, wie die Frage der Steuerberechnung nach dem veralterten System.

Anwesend waren 67 Betriebsräte von 13 Hütten.

Nach Begrüßung der Betriebsräte hat der Kollege Muschol wie Frank die Lohnfrage behandelt. Die Ausführungen gingen dahin, daß die Wirtschaftslage nicht so katastrophal dasteht, wie sie von den Industriellen und deren Presse behandelt wird. Lediglich künstliche Demonstration durch Feierschichten wird vorgeführt, die sich aber im Grunde genommen nicht so ernst behauptet. Die Lage der Wirtschaft ist besser wie in den Vorjahren, das beweist, daß die Verdienste der Gesellschaften im Jahre 1928 höher standen wie sonst. Die bisherigen Generalversammlungsberichte, die im Mittel mit ca. 8—10 Prozent Devidende abschlossen, sind nicht allein der Verdienst, sondern wie der „Kurjer Slonski“ einen Bericht einer anderen Zeitung wiedergibt, sind die Verdienste der Gesellschaften auf 30 bis 40 Prozent, so daß die Forderungen der Arbeiter absolut gerecht sind. Die Referenten behandelten weiter die Frage der ausgespannten Arbeit und festgestellt wurde, daß lediglich durch das Ausspannen der Arbeit der Eisenhüttenmann etwas mehr verdient, aber lange noch nicht verdient er das, was die von ihm geleistete Arbeit verlangt. Zu der Index- und Steuerfrage haben die Referenten äußerst scharf Stellung nehmen müssen, weil es nicht angeht, daß man nach den Kriegsrationen die heutige Arbeiterschaft bei der Indexberechnung behandeln darf. Man muß das System, das einmal während des Krieges maßgebend war, heute aber unmöglich ist, beseitigen. Die Regierung wird aufgefordert, hier unbedingt eine Aenderung vorzunehmen. Die Arbeiter dürfen sich das weiter nicht gefallen lassen. Der Steuerfrage wurde die Beachtung dahin geschenkt, daß vor Jahren noch die Staffelung in der Steuerklasse am Platze war. Heute wo die gesamten Lebensmittel im Verhältnis zu früher sehr hoch gestiegen sind, wo der Arbeiter entsprechend der steigenden Teuerung den Lohn verbessert haben müßte, kann diese alte Gruppeneinteilung unmöglich berechtigt sein. Von der Regierung wird verlangt, neue Staffelung im entsprechenden Maße wie seinerzeit der Zloty zum Dollar gestanden hat und wie er sich heute gestaltet. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Verheirateten mit Familie besonders

berücksichtigt werden. Die Referenten wiesen darauf hin, daß die Regierung, wenn sie sich arbeiterfreundlich nennt, dieses schon lange tun mußte, aber man sieht, daß der Arbeiter nicht auf die Regierung zu sehen hat, sondern durch die Organisation sich selbst helfen muß.

Zur 2. Frage des Manteltarifes haben Kollege Buchwald und Kubik das Wort ergriffen. In ihren Ausführungen behandelten sie eingehend das heutige Verhältnis des Manteltarifes, wobei die Stellung der Arbeitgeber bei den Verhandlungen scharf kritisiert wurde. Es geht nicht an, daß der tariflose Zustand weiter bestehen soll. Er muß unbedingt durch Neuregelung im beiderseitigen Interesse geregelt werden. Die Regelung darf unter keinen Umständen weit hinaus geschleppt werden. Die Frage des Urlaubes im Manteltarif muß nach dem polnischen Gesetz unbedingt geregelt sein. Wenn die Arbeitgeber die oberschlesische Arbeiterschaft in Polen als eine 2. Klasse betrachten, so können wir das unmöglich zugeben. Gleichberechtigt verlangt die oberschlesische Arbeiterschaft den gesetzlichen Urlaub, wie er im gesamten Polen gültig ist. Auch in der Arbeitszeitfrage muß die 46-Stundenwoche eintreten. Die Kohlenfrage behandelten die Referenten dahingehend, daß das alte Verhältnis, was einstmal vor 1924 Gültigkeit hatte und zwar nach Jahresquantum, wieder eingeführt wird, unter Berücksichtigung der Ernährer und der Arbeiter, die einen eigenen Hausstand führen. Auch wurde verlangt mit äußerster Schärfe, daß die Arbeitsbereitschaft aus dem Manteltarif entfernt wird. Wenn seinerzeit die Regierung durch Verordnung die Arbeitsbereitschaft eingeführt hat, so steht die Arbeiterschaft auf dem Standpunkt, daß dies für die oberschlesische Arbeiterschaft nicht denkbar ist. Die Forderung der Arbeiterschaft muß nach wie vor lauten: „Restloser Achtstundentag".

Eine sehr umfangreiche Diskussion schloß sich diesen Referaten an, wobei gefordert wird, daß die Eisenhüttenarbeiter die Forderung, gestellt durch die Arbeitsgemeinschaft, auch mit den letzten Mitteln verwirklichen. Die nächsten Belegschaftsversammlungen innerhalb 14 Tagen müssen dazu benutzt werden, um die Arbeiterschaft über den Gang der Verhandlungen zu informieren. Anschließend wurde nachfolgende Resolution angenommen:

Resolution,

beschlossen am Kongreß der Betriebsräte für die Eisenhütten am 25. September 1929 in Krolewska Huta.

1. Der Betriebsrätekongreß lehnt den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 12. September in der Lohnfrage für die Eisenhütten ab und verlangt eine Neubehandlung dieser Forderung. Die Löhne in den Eisenhütten sind ungenügend gegenüber der immer mehr steigenden Teuerung. Die Behauptung der Arbeitgeber über eine schlechte Konjunktur sind nicht begründet. Im Falle einer Ablehnung der Forderung müssen die Belegschaften dazu Stellung nehmen.

2. Der Kongreß verurteilt die Verschleppungspolitik in der Neuregelung des Manteltarifes durch die Arbeitgeber und verlangt von den Regierungsinstanzen die schleunigste Erledigung der Forderung, die ihm bereits überwiesen worden ist durch die Arbeitsgemeinschaft in der 8-Stundenfrage wie Urlaub.

3. Die Regelung der Kohlenbezüge muß im Sinne der Forderung der Arbeitsgemeinschaft stattfinden und zwar im Jahresquantum, für Ernährer und Arbeiter mit eigenem Hausstand.

4. Die bisherige Steuergrenze entspricht nicht den heutigen Zeitverhältnissen und schädigt die Arbeiterklasse, besonders die Verheirateten mit zahlreicher Familie. Deshalb verlangt der Kongreß, daß entsprechend den Eingaben an die Regierung sowie an die Abgeordneten eine umgehende Aenderung stattfindet. Besonders appelliert er an die Arbeiterparteien des Warschauer Sejms.

5. Der Kongreß verlangt eine sofortige Aenderung der Berechnung des Statistischen Amtes für Lebensmittel. Sie entspricht nicht den heutigen Verhältnissen. Der Kongreß verlangt im Sinne des Memorials, eingereicht durch die Arbeitsgemeinschaft an das Arbeitsministerium am 20. 12. 1927 eine Aenderung.

Bei diesem Kampf haben die Gewerkschaften einen gut organisierten Gegner vor sich, den Arbeitgeberverband. Deshalb appelliert der Kongreß an die bisher nicht Organisierten, daß diese sich der Organisation anschließen, die in der Arbeitsgemeinschaft vertreten sind, damit die Einheitsfront der Arbeiterklasse den obengenannten Forderungen mehr Nachdruck verleiht, damit die Forderung der Arbeiterschaft, wenn sie von den zustehenden Stellen nicht erfüllt wird, auch mit den letzten Mitteln einer organisierten Arbeiterklasse durchgeführt wird.

Polnisch-Schlesien

Abhaltung eines neuen Fleisch- und Trichinenschau-Kursus

Das Schlesische Wojewodschaftsamt in Kattowitz gibt bekannt, daß am Mittwoch, den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, im städtischen Schlachthof in Kattowitz, ulica Kozielska, der neue Fleisch- und Trichinenschaukursus beginnt. Der Fleischbeschauerkursus ist für die Zeitdauer von 6 Wochen und der Trichinenschaukursus auf 3 Wochen festgesetzt worden. Die Kandidaten müssen ihren Gesuchen eine Geburtsurkunde, ein Führungsattest, ausgestellt durch den Kreisarzt, einen selbstgeschriebenen Lebenslauf, sowie eine Bescheinigung der Polizeidirektion oder des zuständigen Landratsamtes, aus welcher zu entnehmen ist, daß der Antragsteller nach Beendigung des Kursus eine Beschäftigung erhält, beifügen. Die Kursusteilnehmergebühr für den Fleischbeschauerkursus beträgt 60 Zloty, für den Trichinenschaukursus 20 Zloty. Jeder Kandidat muß vor der Ablegung der Prüfung an die Prüfungskommission eine entsprechende Gebühr als Prüfungsunkosten hinterlegen und zwar: als Fleischbeschauer 20 Zloty und Trichinenschauer 8 Zloty.

Kattowitz und Umgebung

Aus der Sitzung des Kattowitzer Magistrats.

Neben anderen Vorlagen beschäftigte man sich auf der letzten Magistratssitzung mit dem Prospekt betreffend die **Errichtung der neuen Volksschule im Ortsteil Zawodzie,** welches bestätigt wurde. Der neue Schulbau wird auf dem Baugelände hinter dem Volkshaus im Ortsteil Zawodzie errichtet, welches von der Kattowitzer Aktiengesellschaft angekauft worden ist. In dieser Schule soll gleichzeitig eine Kinderbewahranstalt, sowie Tagesräumlichkeiten für Kinder, ferner eine Terrassenanlage errichtet werden. Ebenso wird ein entsprechender Garten geschaffen.

Behandelt wurde alsdann die Angelegenheit betreffend Schaffung von öffentlichen Telephonstellen in den Kattowitzer Restaurants. Diese Angelegenheit ist allerdings noch nicht ganz spruchreif.

Auf Antrag ist die städtische Ausstellungshalle der Eisenbahnsektion der L. O. P. P. für den 5. Oktober für Propagandazwecke überlassen worden. — Die Ausführung der Tischlerarbeiten für die neue Schule in Zalenzerhalde hat durch die Firma Waniczek zu erfolgen. — Die Firmen Mendlewski und Vetter sind beauftragt worden, Futtermittel für den städtischen Fuhrpark anzuliefern.

Der Aerztin Frl. Dr. Sikorski wurde der Posten einer Assistenzärztin im städtischen Krankenhaus in Kattowitz übertragen. — Am Schluß der Magistratssitzung wurden eine Reihe Personal- und Wohnungsangelegenheiten erledigt.

Anmeldung zur Stammrolle, Jahrgang 1909.

Gemäß den geltenden Militärvorschriften wird in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November d. Js. im Bereich von Groß-Kattowitz die Eintragung der militärpflichtigen Mannschaften des Jahrganges 1909 zur Stammrolle vorgenommen. Anmeldepflichtig sind männliche Personen des Jahrganges 1909, sowie überdies alle jungen Männer im Alter von 21 bis 23 Jahren, welche in Kattowitz einen ständigen Wohnsitz aufweisen, aber auch solche, welche sich hierorts aufhalten und eine ständige Wohnung nicht angeben können. Die Meldepflicht gilt nur insofern, falls die Anmeldung zur Stammrolle bezw. Stellung vor die Musterungskommission bisher nicht vorgenommen worden ist.

Die Anmeldungen müssen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, an den Sonnabenden von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags auf Zimmer 23, des städtischen Militärbüros im Rathaus Bogutschütz, ul. Krakowska 50, vorgenommen werden.

Es haben sich zu melden: Mannschaften mit den Buchstaben A bis B am Donnerstag, den 3. Oktober d. Js.; C bis D am Freitag, den 4. Oktober; E bis F am Sonnabend, den 5. Oktober; G am Montag, den 7. Oktober; H bis J am Dienstag, den 8 Oktober; K bis Kn am Mittwoch, den 9. Oktober; Ko bis Kz am Donnerstag, den 10. Oktober; L am Freitag, den 11. Oktober; M am Sonnabend, den 12. Oktober; N bis O am Montag, den 14. Oktober; P am Dienstag, den 15. Oktober; R am Mittwoch, den 16. Oktober; S am Donnerstag, den 17. Oktober; St. am Freitag, den 18. Oktober; T bis U am Sonnabend, den 19. Oktober; V bis W am Montag, den 21. Oktober; X bis Z am Dienstag, den 22. Oktober d. Js.

Bei der Anmeldung müssen seitens der Meldepflichtigen entsprechende Personalausweise mit vorgelegt werden, so u. a. die Geburtsurkunde, ferner ein Lehrvertrag bezw. Bescheinigung über abgeschlossene Lehrzeit, das Schulzeugnis und die Bescheinigung, welche dem Militärpflichtigen bei erfolgter Registrierung zur Stammrolle im Jahre 1927 ausgehändigt worden ist. Solchen Personen, welche außerhalb Kattowitz geboren sind, wird die Vorlegung der Geburtsurkunde für jeden Fall zur Bedingung gemacht.

Sofern die Anmeldung zwecks Eintragung in die Stammrolle in den näher bezeichneten Tagen aus entschuldbaren Gründen unterlassen werden mußte, wird den Meldepflichtigen Gelegenheit gegeben, der Anmeldungspflicht in der Zeit vom 23. Oktober bis 30. November nachzukommen. Zuwiderhandelnde werden laut den geltenden Bestimmungen bestraft.

Nichtmeldepflichtig sind Ausländer, bezw. Personen, deren Nichtzugehörigkeit zu Polen durch die amtlichen Stellen festgestellt wurde.

Die Stammrolle des Jahrganges 1909 wird auf Zimmer 19 des städtischen Militärbüros, im Rathaus Bogutschütz, zwei Wochen hindurch und zwar ab 1. Januar des nächstfolgenden Jahres zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt. In dieser Zeit werden Richtigstellungen in der Stammrolle vorgenommen.

Bevölkerungsbewegung im Landkreis Kattowitz. Laut einer Statistik des Kattowitzer Landratsamtes wurden im Monat August innerhalb des Landkreises Kattowitz insgesamt 236 431 Einwohner und zwar 116 814 männliche und 119 617 weibliche Personen registriert. Es entfielen auf die Stadt Myslowitz 21 144 Bewohner, auf die Gemeinde Baingow 1094, Bielschowitz 15 982, Brzenskowitz 3193, Brzezinka 6348, Bukowina 2734, Bittkow 4496, Chorzow 13 885, Eichenau 10 216, Halemba 2314, Janow 18 636, Klodnitz 599, Kuntzendorf 5942, Kochlowitz 12 223, Macejkowitz 2164, Makoschau 3313, Michalkowitz 7940, Neudorf 24 093, Paulsdorf 6346, Przelaika 1177, Rosdzin 12 062, Siemianowitz 38 548, Schoppinitz 11 137 und Hohenlohehütte 10 740 Einwohner. Die Ziffer hat sich gegenüber dem Vormonat um 545 Personen erhöht. Im Laufe des Monats August betrug der Zugang 2068 und zwar 1166 männliche und 902 weibliche Personen. Diese Zahl setzt sich aus 518 Geburten und 1550 Auswärtigen, welche innerhalb des Landkreises Kattowitz zugezogen sind, zusammen. Der Abgang wiederum betrug im Berichtsmonat 1521 und 854 männliche und 667 weibliche Personen. Es handelte sich hierbei um 265 Sterbefälle und 1258 Personen, welche aus dem Bereich des Landkreises Kattowitz verzogen sind.

Für den Räderverkehr wieder freigegeben. Nach erfolgter Fertigstellung der Chaussierungsarbeiten wurde die Chaussee Rosdzin-Baingow wieder für den Räderverkehr freigegeben.

Ausgebrochener Schweine-Rotlauf. Laut einer Mitteilung der Kattowitzer Polizeidirektion ist in den Gemeinden Paczoltowicz, Rudow, Rudno und Penczynek, Kreis Chrzanow, Schweine-Rotlauf ausgebrochen. Zur Verhütung einer Ausbreitung der Seuche wurden seitens der Behörden bereits die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen angeordnet. Nach erfolgter tierärztlicher Untersuchung wurden die kranken Schweine vom gesunden Tierbestand abgesondert.

Königshütte und Umgebung

Das Mitbringen von Kindern verboten. Die Hüttenverwaltung macht bekannt, daß infolge der ständig zunehmenden Zahl, das Mitbringen von Kindern in die Betriebe der Hütte verboten ist. Der eingerissenen Unsitte, die Kinder eventuell beim Portier zu lassen, kann nicht stattgegeben werden, da der Portier andere Aufgaben zu erfüllen hat als Kindermädchen zu spielen. Auch der Besuch der Frauen soll nur in dringenden Fällen getätigt werden. Der bisherige Zustand kann nicht weiter geduldet werden, wenn etwaigen Unfällen vorgebeugt werden soll. Die Portiers haben Anweisung erhalten, danach streng zu verfahren.

Nach London. Am 7. Oktober findet in London eine Internationale Tagung der Sparkassen-Institute statt, und zwar die zweite, die vom Internationalen Komitee in Mai-

Die Eiserne Ferse

Von Jack London.

4)

„Nicht schlecht, nicht schlecht," murmelte Dr. Hammerfield zögernd.

Aber Ernst war unerbittlich.

„Vergessen Sie nicht," warnte er ihn, „daß meine Erklärung für die Metaphysik verhängnisvoll ist. Wenn Sie jetzt keine Lücke in meiner Erklärung finden, sind Sie später nicht berechtigt, metaphysische Argumente vorzubringen. Sie müssen Ihr ganzes Leben nach dieser Lücke suchen und metaphysisch schweigen, bis Sie sie gefunden haben."

Ernst hielt inne. Das Schweigen war peinlich. Dr. Hammerfield war verlegen und zugleich verblüfft. Der scharfe Angriff hatte ihn aus der Fassung gebracht. Diese einfache und direkte Kampfmethode war er nicht gewöhnt. Er sah sich flehend am Tische um, aber niemand sprang für ihn in die Bresche. Ich ertappte meinen Vater, wie er lachend in seine Serviette biß.

„Es gibt noch eine Art, die Metaphysiker zu widerlegen," sagte Ernst, als die Niederlage Dr. Hammerfields besiegelt war. „Beurteilen Sie sie nach ihren Werken. Was haben sie für die Menschheit getan, außer daß sie lästige Phantasiegebilde ersannen und ihre eigenen Schatten für Götter hielten. Sie haben zur Erheiterung der Menschheit beigetragen, das gebe ich zu; aber was haben sie Greifbares für die Menschheit getan? Sie philosophierten, wenn Sie mir den Mißbrauch des Wortes verzeihen wollen, über das Herz als den Sitz der Regungen, während die Wissenschaftler den Kreislauf des Blutes feststellten. Sie redeten von Pest und Hungersnot als Geißeln Gottes, während die Wissenschafter Kornspeicher bauten und Städte kanalisierten. Sie schufen Götter nach ihrem eigenen Bilde und ihren eigenen Wünschen, während die Wissenschaftler Straßen und Brücken bauten. Sie erklärten unsre Erde für den Mittelpunkt des Alls, während die Wissenschaftler Amerika entdeckten und den Himmelsraum nach den Sternen und ihren Gesetzen durchforschten. Kurz, die Metaphysiker haben nichts, absolut nichts für die Menschheit getan. Fuß um Fuß sind sie vor dem Fortschritt der Wissenschaft zurückgewichen. Ebenso schnell, wie die festgestellten wissenschaftlichen Tatsachen ihre subjektiven Erklärungen über den Haufen warfen, ebenso schnell stellten sie wieder neue subjektive Erklärungen auf, die die letzten wissenschaftlichen Tatsachen einbezogen. Und das werden sie zweifellos bis ans Ende der Dinge tun. Meine Herren, ein Metaphysiker ist ein Medizinmann. Der Unterschied zwischen ihm und dem Eskimo, der sich einen pelzbekleideten, walspeckfressenden Gott macht, besteht nur in einigen tausend festgestellter Tatsachen. Das ist alles."

„Und doch haben die Gedanken des Aristoteles Europa zwölfhundert Jahre lang beherrscht," verkündete Dr. Ballingford feierlich. „Und Aristoteles war Metaphysiker."

Dr. Ballingford blickte sich um und erntete beifälliges Nicken und Lächeln.

„Ihr Beispiel ist sehr unglücklich gewählt," erwiderte Ernst. „Sie beziehen sich auf eine sehr dunkle Periode der menschlichen Geschichte. Diese Periode nennen wir in der Tat das dunkle Mittelalter. Es war eine Periode, in der die Wissenschaft von den Metaphysikern vergewaltigt wurde, in der die Physik den Stein der Weisen suchte, die Chemie zur Alchemie und die Astronomie zur Astrologie wurde. Die Herrschaft der Gedanken des Aristoteles ist ein trauriges Kapitel." Doktor Ballingford sah verstimmt aus, dann aber erheiterte sich seine Miene, und er sagte:

„Wenn ich auch zugebe, daß das schreckliche Bild, das Sie gezeichnet haben, der Wirklichkeit entspricht, so müssen Sie doch gestehen, daß die Metaphysik insofern Gutes bewirkt hat, als sie die Menschen aus diesem dunklen Zeitalter heraus und in die Erleuchtung der glücklichen Jahrhunderte getrieben hatte."

„Damit hatte die Metaphysik nichts zu tun," antwortete Ernst.

„Wie?" rief Dr. Hammerfield. „War es nicht ihr Denken und Grübeln, das zu den Entdeckungsreisen führte?"

„Ach, mein Lieber," lächelte Ernst. „Ich dachte, Sie wären erledigt, denn bis jetzt haben Sie die Lücke in meiner Erklärung der Philosophie nicht gefunden. Sie stehen nicht auf dem Boden der Wirklichkeit. Aber das ist die Art der Metaphysiker, und ich verzeihe Ihnen. Nein, ich wiederhole: Die Metaphysik hat nichts damit zu tun. Brot und Butter, Seide und Juwelen, Dollars und Cents und, nebenbei, die Unterbindung des Verkehrs auf dem Landwege nach Indien, das waren die Ursachen der Entdeckungsreisen. Mit dem Fall Konstantinopels im Jahre 1543 blockierten die Türken den Karawanenweg nach Indien. Die Kaufleute Europas mußten einen andern Weg finden. Das war der eigentliche Anlaß zu den Entdeckungsreisen. Kolumbus schiffte sich ein, um einen neuen Weg nach Indien zu suchen. Das steht in jedem Geschichtsbuch. Zufällig erfuhr man dabei manches Neue über die Natur, die Form und Größe der Erde, und das ptomeläische System begann seinen Glanz zu verlieren."

Doktor Hammerfield schnaufte.

„Sie pflichten mir nicht bei?" fragte Ernst. „Worin habe ich denn unrecht?"

„Ich kann meine Behauptung nur aufrechterhalten," erwiderte Doktor Hammerfield mürrisch. „Es würde jetzt zu viel Zeit in Anspruch nehmen, wollte man sich in die Sache vertiefen."

„Für den Wissenschaftler dauert nichts zu lange," sagte Ernst liebenswürdig. „Daher erreicht der Wissenschaftler eben sein Ziel. Daher kam er nach Amerika."

Ich will nicht den ganzen Abend schildern, obgleich es mir eine Freude ist, mir jeden Augenblick, jede Einzelheit dieser ersten Stunde meiner Bekanntschaft mit Ernst Everhard ins Gedächtnis zurückzurufen.

Ein prachtvoller Kampf entspann sich, die Geistlichen bekamen rote Köpfe und regten sich auf, namentlich, als Ernst sie romantische Philosophen, Schattenspieler und dergleichen mehr nannte. Und immer wieder wartete er ihnen mit Tatsachen auf.

„Tatsachen, Verehrtester, unwiderlegbare Tatsachen!" rief er triumphierend, sobald er einen von ihnen zu Fall gebracht hatte. Er strotzte von Tatsachen. Mit Tatsachen stellte er ihnen eine Falle, mit Tatsachen überfiel er sie, mit den Breitseiten von Tatsachen bombardierte er sie.

„Sie scheinen den Altar der Tatsachen anzubeten," spöttelte Doktor Hammerfield.

„Es gibt keinen Gott außer der Tatsache, und Herr Everhard ist ihr Prophet," zitierte Doktor Ballingford.

Ernst lächelte zustimmend.

„Ich bin wie der Mann aus Texas," sagte er, und um eine Erklärung gebeten, fuhr er fort: „Ja, der Mann aus Missouri sagt immer: „Sie müssen es mir zeigen." Der Mann aus Texas aber sagt: „Sie müssen es mir in die Hand legen." Was beweist, daß er kein Metaphysiker ist."

Als Ernst einmal geradezu sagte, daß die metaphysischen Philosophen nie den Wahrheitsbeweis erbringen könnten, fragte Dr. Hammerfield hastig: „Was ist der Wahrheitsbeweis, junger Mann? Wollen Sie uns freundlichst erklären, worüber klügere Leute als Sie sich solange den Kopf zerbrochen haben?"

(Fortsetzung folgt.)

land organisiert wurde. Als Vertreter der hiesigen Stadtsparkasse wurde Direktor Dymnicki delegiert.

Festgenommen. Die Königshütter Polizei nahm einen gewissen Johann N. aus Chorzow fest, weil er dem Ingenieur Adolf Fiszel aus Königshütte eine goldene Uhr und eine Brille entwendet hat. — In einem anderen Falle verhaftete die Kriminalpolizei einen gewissen Wladislaus Przewozny aus Königshütte, weil gegen ihn Anzeigen erstattet wurden, daß er zum Schaden der Dampfmühlen in Chrzanow 900 Zloty unterschlagen haben soll.

Selbstversorger. Unbekannte Täter drangen in der gestrigen Nacht in den Stall der Frau Halina Respondek auf der ulica Podgorna 7 ein, entwendeten 10 Stück Auerhühner und verschwanden damit unerkannt.

Einbruchsdiebstahl. Unbekannte Täter drangen in die im Hofe des Hüttenneubaues stehende Baubude an der ul. Katowicka ein und entwendeten den dort beschäftigten Arbeitern mehrere Kleidungsstücke sowie verschiedene Meßapparate, Messinghähne und Installationsgegenstände.

Siemianowitz

Zählermieten-Wucher.

Die Mieter elektrischer Stromzähler in Siemianowitz weigern sich, die Zählermiete an die elektrische Zentrale in Ficinusschacht zu zahlen. Die Begründung ist sehr zutreffend. Der Preis eines Zählers beträgt zur Zeit 25 deutsche Reichsmark = 52 Zloty. Verschiedene Einwohner zahlen aber bereits 15—20 Jahre Zählermiete, 2 Zloty monatlich, für ein und denselben Zähler, der fast gar keine Reparatur benötigt hat. Somit hat sich der Zähler in dieser Zeit ungefähr 6 bezw. 8 mal bezahlt. Im Sommer beträgt oft der Strompreis 1.30 Zloty, und die Zählermiete kostet 2.00 Zloty. Das Einbauen eigener Zähler gestattet die Zentrale nicht. Dies bedeutet entschieden eine Benachteiligung der Zählermieter. Es wird beabsichtigt, in einer gemeinsamen Versammlung des Mieterschutz- und Hausbesitzervereins dagegen Stellung zu nehmen.

Ein Schäferhund benimmt sich?

Ein Kaufmann offerierte einen Posten gebrauchter Kartons und stellte ihn vor die Ladentür. Ein Schäferhund fand Gefallen an der Kartonsäule, hab das rechte Hinterbein und — die Kartons wurden billiger, falls sie der Kaufmann nicht trocknen ließ und als Edelkartons mit erhöhtem Preis weiterverkaufte. Wogegen ein Schäferhund manchmal seine Antipathie äußert, ist oft sonderbar.

Die sparsame Spolka Bracka. Das Knappschaftsgebäude ist renoviert worden, reichlich spät aber doch. Leider ist es nicht mehr wie früher an der vergoldeten Aufschrift kenntlich, denn diese verschwand mit dem Putz. Nur wenn die Kranken im Sommer die Fenster besetzt halten, kann man den Zweck des Gebäudes erraten, was im Winter aber nicht möglich sein wird. Also herauf mit der Aufschrift.

Schwere **Unfälle.** In der Laurahütte verunglückte der Rohrleger S. Er übersah das Hochgehen der mechanischen Dornhebevorrichtung, wurde am Bein erfaßt und erlitt einen doppelten Beinbruch am Gelenk und am Knie. S. wurde ins Hüttenlazarett geschafft. — Auf Fizinusschacht in den Ostfeldern wurde kurz vor Schichtschluß der Häuer Sarnas aus Sadzawka durch herabstürzendes Pfeilerkohl verschüttet. Er trug schwere innere Verletzungen davon und wurde ins Knappschaftslazarett geschafft.

Besitzwechsel. Der Restaurateur Rufin Pawerra, auf der Barbarastraße, hat sein Lokal an den Gastwirt Oceko in Eichenau für 60 000 Zloty verkauft.

Branntweinbrüder zünden eine Scheune an. In der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch wurde plötzlich die Hüttenfeuerwehr der Laurahütte alarmiert. Es brannte die an der Kattowitzer Chaussee belegene, der „Vereinigten" gehörige Feldscheune. Verschiedene Holzteile, wie Tore usw. standen in Brand. Die Veranlassung zu dem Brande sind einige Branntweinbrüder, welche dort nächtlich kampieren und scheinbar beim Rauchen nicht vorsichtig genug gewesen sind. Das Feuer konnte bald gelöscht werden.

500 **Arbeiter** im Alter von 18—45 Jahren legt die Maxgrube in Michalkowitz an; desgleichen 20 Arbeiterinnen.

Eine **Kleinbahn mitten durch Michalkowitz.** Die Eisenbahndirektion Kattowitz führt in Kürze die Vermessungsarbeiten für den Neubau der Kleinbahn in Michalkowitz—Rosaliengrube—Nordschacht aus. Der Gemeindevorstand ersucht die Grundstücksbesitzer im Allgemeininteresse der Eisenbahndirektion keine Schwierigkeiten zu machen.

Myslowitz

Aus der Sitzung des Myslowitzer Magistrats.

In der letzten Magistratssitzung wurde u. a. beschlossen den Bau des neuen Volksschulgebäudes auf städtischem Grundstück an der Maasestraße zu erbauen. Zur Uebernahme der beendeten Arbeiten am Bau der Viehhalle in der Centralna Targowica wurde die Baukommission und Mitglieder des Magistrats wie Bürgermeister Dr. Karczewski, Kozak, Krolik und der Stadtbaumeister Kozlik.

Gewinne der Staatslotterie

75000 Zł gewann Nr. 147836.

3000 Zł gewannen Nr. 1761 15025 70213 118631 122510 178226.

2000 Zł gewannen Nr. 2458 20415 47180 57480 71231 77558 101999 105142 123071 137373 138709 138923 152423.

1000 Zł gewannen Nr. 13068 18058 31135 36580 42477 49469 50447 51271 59852 63156 70372 70867 83356 85472 88190 107007 117718 147126 152271 154064 156494 175971.

600 Zł gewannen Nr. 2787 3482 7684 16943 50235 59328 55707 56721 58381 59239 59334 62362 65112 67032 69711 76585 85623 86326 86914 87743 91512 103185 117884 131417 143671 104291 124799 132834 151476 104877 167513 114977 130255 130976 137848 141807 141921 158947 169856 178428.

500 Zł gewannen Nr. 803 1658 4211 5649 7404 7457 7943 9717 9719 10579 12527 13097 14100 14144 14815 15163 15912 17947 18012 20311 22918 23048 23997 25159 25343 25772 25861 26278 29931 30923 32861 33125 35149 41548 41554 44583 44714 45065 45481 45899 46471 47809 47992 50303 51346 54732 55283 55491 56410 56581 56819 56847 58879 59027 60919 61995 62500 63893 64857 67462 69427 69471 69986 71072 72387 72604 74495 75762 75975 76144 77422 78314 78501 80619 81523 82747 87176 88877 89194 93970 96609 97884 98219 100375 101026 101591 101801 102807 103501 103524 107705 108391 109372 109538 110082 110852 111269 112441 113713 115916 116452 117467 118397 119601 119882 120009 120584 121975 123617 124034 124405 125869 126493 127855 129524 132427 133287 134295 134578 134666 134755 135819 136563 137280 138689 139351 139518 140312 141115 142391 140056 143057 147113 148972 151329 152173 152291 152850 164692 165598 165670 165744 168672 168875 170086 170302 171965 172411 172708 176532 177267 180534 181105 182394 182896 184629.

Stadtverordnetensitzung in Königshütte

Eine Sitzung der Abwechslungen — Religion-, Kirchen-, Milch- und Schnapsdebatten — Eine grenzenlose Tierquälerei

Die Königshütter Stadtverordneten hatten in der gestrigen Sitzung reichlich für Abwechslung gesorgt, wo Tragik und Humor zur Geltung kamen. Mit der Religion und Kirche anfangend, dessen Debatte sich bei der Bewilligung einer Beihilfe zum Bau eines bischöflichen Konvikts in Tarnowitz ergeben hat, fing die Tragik an. Wenn es aus vorauszusehen war, daß hierbei die Gegner der Bewilligung einer Beihilfe in das Wespennest gegriffen haben, so bleibt es doch die Binsenwahrheit, daß die städtischen Körperschaften mit den kirchlichen Institutionen nichts zu tun haben sollten, denn sie sind ja heute, wo soviel in die Welt hinausgefeuert wurde, ein „Staat" für sich selbst. Wozu denn erst die Bettelei bei anderen. Uebrigens ist es eine starke Anmaßung, wenn Herr Pfarrer Lewek in Tarnowitz eine Beihilfe von 500 Zloty, **die vom Magistrat bewilligt** wurde, abgelehnt hat. Die Stadtverordnetenversammlung hat vorsichtigerweise gestern **nichts** für diesen Zweck bewilligt und die Subventionserteilung dem Stadtverordnetenvorsteher aus seinem Dispositionsfonds überlassen. Es ist zu erwarten, daß die Gewährung einer Beihilfe über den ersten Betrag nicht hinausgehen wird. Die hierbei geführten unfairen Debatten hätten sich bestimmt auf der Gegenseite vermeiden lassen, wenn man nicht immer gleich so ein williges Ohr und eine offene Hand gerade den kirchlichen Institutionen gegenüber hätte. Auf die Forderung eines **Kommunalfriedhofes werden** wir gelegentlich noch zurückkommen.

Weit wichtiger als der Bau eines Konvikts, wäre schon die **Errichtung einer Zentralmolkerei** für die Wojewodschaft, um die Bevölkerung, vor allem die Kinder, Kranken und Altersschwachen, mit einer einwandsfreien, vollwertigen Milch zu versorgen. **Ist es nicht bezeichnend, wenn von 635 Milchproben am Orte, 105 den Vorschriften nicht entsprechen, bezw. minderwertige Milch sind? Wäre es nicht sehr am Platze,** sobald wie möglich an die Errichtung der Zentralmolkerei zu schreiten, um endlich dem Gepansche ein Ende zu bereiten? Der auf die Stadt Königshütte entfallende Anteil von 26 000 Zloty hätte freiweg bewilligt werden müssen und nicht erst eine **Kommission hierzu wählen,** um die Angelegenheit noch einmal zu prüfen (lies verschleppen). Wo es gilt zu kommunalisieren, dann darf man solche Lebensnotwendigkeiten nicht auf die lange Bank zu schieben. Es soll und muß einer jeden Kommune Grundsatz sein, die Bevölkerung mit einwandsfreien Lebensmitteln zu versorgen, damit ihre Gesundheit erhalten bleibt. Und dieses gilt ganz besonders für die Kinder.

Die endlose Debatte über die **Verpachtung der Schlachthoflokalitäten** brachte auch zeitweise Humor in die Versammelten. Lächerlich wirkten besonders diejenigen Ausführungen von Stadtverordneten, die nicht genug den Mund voll von Menschen- und Nächstenliebe **nehmen konnten.** Es ist **keine große Kunst** die Dinge schmeißen zu können wie man will, wenn man hierzu die überwiegende Mehrheit besitzt. Aber konsequent bleiben, Panie Königsfeld. Diese Auffassung zeugt bestimmt nicht von Nächstenliebe. Der eine, weil er nicht unser war, mußte heraus, der andere wiederum, weil er uns nahesteht, bleibt weiter. Für seine Menschenliebe danken wir.

Aehnliche Begriffe scheinen diejenigen zu haben, denen die Betreuung des Schlachtviehes im städtischen Schlachthofe obliegt. Wenn man den Ausführungen des Stadtv. Fabian, der daselbst beschäftigt ist, Glauben schenken darf, so ist die Behandlung des dortigen Schlachtviehes **ein Skandal, eine grenzenlose Tierquälerei.** Infolge der beengten, durch das Militär belegten Ställe und Räume, muß das bedauernswerte Vieh tagelang unter freiem Himmel kampieren, und was das schlimmste ist, **sehr oft 3—4 Tage und noch mehr nichts zu fressen bekommt.** Durch diese „Enthüllungen" wird es Aufgabe der Schlachthofkommission sein, nach dem Rechten daselbst zu sehen und gründlich Porzondek zu machen. Als Bestrafung der Missetäter, wäre auch eine dreitägige Hungerkur sehr am Platze.

*

Der Sitzungsverlauf.

Nach Verstreichen des akademischen Viertels eröffnete Stadtverordnetenvorsteher Strozyk um 5¼ Uhr die Sitzung mit der Bekanntgabe, daß ein **Dringlichkeitsantrag betreffend der Belieferung der Ortsarmen und Arbeitslosen mit Kartoffeln,** eingegangen ist und zum Schluß der Tagesordnung zurückgestellt wurde. Nach einem zur Vorlesung gebrachten Schreiben des Stadtv. Sliwa, hat dieser das Amt niedergelegt und ist aus sämtlichen Kommissionen ausgeschieden. An seine Stelle wurde der Häuer Peter Sieronski durch den 1. Bürgermeister Spaltenstein als Stadtverordneter eingeführt und durch Handschlag verpflichtet. Es wurden gewählt: in die Schuldeputation Stadtv. Sieronski, in die Prüfungskommission der Markthalle, Stadtv. Ful, in die Kommission zur Auswahl der Schöffen und Beisitzer Stadtv. Fus, gleichzeitig für die Revision der Stadtsparkasse. **Als Bezirksvorsteher und stellvertretender Waisenrat für den 13. Bezirk** wurde Herr Johann Kwiatkowski, von der ul. Styczynskiego 53, gewählt.

Die Gewährung einer Beihilfe zum Bau eines bischöflichen Konvikts in Tarnowitz wurde dem Stadtverordnetenvorsteher zur Erledigung überwiesen, der hierzu einen Betrag aus seinem Dispositionsfonds hergeben soll. Selbstverständlich fanden die hierzu gemachten Ausführungen der Stadtv. Wrobel und Malanda bei den Stadtverordneten der christlichen Fakultät keinen Anklang und führten zu verschiedenen Kontraversen.

Für die teilweise Deckung der Kosten für **den Bau einer Betonbrücke über die Rawa im Ortsteil Nomiarki,** wurde ein Zusatzkredit von 1000 Zloty bewilligt.

Genosse Mazurek referierte über die **Gewährung eines Zusatzkredits in Höhe von 90 000 Zloty für den Umbau des Anschlußgleises im städtischen Schlachthofe.** Infolge der vielen Jahre sind die dortigen Anschlußgleise derart ausgearbeitet, daß dringende Reparaturen notwendig sind und die eine Summe von 115 000 Zloty erfordern werden. Geforderter Nachtragskredit wurde infolge der dringenden Notwendigkeit debattenlos bewilligt.

Für die **Anlegung eines Kinder-Spielplatzes an der Josefskirche,** wurden zur Ausführung der Erdarbeiten 10 000 Zloty bewilligt. Mit den Erdarbeiten soll noch in diesen Tagen begonnen werden.

Die Jahresrechnungen sowie der Wirtschaftsbericht für das Budgetjahr 1928/29 wurde angenommen und bestätigt. Die Einnahmen betrugen 10 055 600,31 Zloty, die Ausgaben wiederum 10 053 580,75 Zloty, so daß ein Ueberschuß von 2019,56 Zloty verbleibt.

Angenommen wurden in der vorgeschlagenen Fassung ein **Nachtrag zum Ortsstatut, betreffend der Erhebung von Schulgeld im städtischen Handelsgymnasium und in der Handelsschule,** sowie der **Erlaß eines Organisationsstatuts für die städtische Handeslehranstalt.**

Als Kommunalzuschläge für das Jahr 1930 zu den staatlichen Gebühren von Patenten für die Herstellung und den Verkauf von Getränken, Branntwein und Spirituosenerzeugnissen, wurden 100 Prozent beschlossen, zu erheben.

Für die **Anlegung einer Verbindungsstraße** zwischen der ul. Podgorna und Chorzowska, wurde vom Herrn Josef Boncoszek ein Grundstück in einer Größe von 5950 Quadratmetern zum Preise von 50 000 Zloty erworben, ferner von der oberschlesischen „Vereinigten Königs- und Laurahütte" das Hausgrundstück (früher Hüttenschlafhaus) für den Preis von 135 000 Zloty. Nach Freiwerden der Räume, werden diese zur Unterbringung von Geschlechtskranken eingerichtet und das ganze Grundstück mit dem städtischen Krankenhause einverleibt und umzäunt.

Ueber den **Beitritt der Stadt zur Zentralmolkerei,** mit einem Anteil von 260 000 Zloty, referierte Genosse Schindler. Wie bereits berichtet, soll die Errichtung genannter Molkerei 4 Millionen Zloty kosten. Die Wojewodschaft soll hierzu 2 Millionen Zloty beisteuern, die anderen zwei Millionen von den interessierten Kommunen zusammengebracht werden. Infolge einiger Bedenken, wurde von einer Bewilligung dieser geforderten Summe Abstand genommen und eine Kommission aus dem Stadtrat Adamek, Stadtverordnetenvorsteher Strozyk, den Stadtverordneten Schindler, Goldmann, Stawski und Pietzak gewählt, die nähere Prüfungen des Aktenmaterials vornehmen sollen.

Auf Grund der Ausschreibung um die **Bewirtschaftung der Restaurationsräume mit Zubehör im Verwaltungsgebäude des städtischen Schlachthofes** haben sich vier Bewerber gemeldet und folgende Offerten abgegeben: Pasternak 7500 Zloty, Rudzki 6000 Zloty, Gogolin 9500 Zloty, Lubos 7000 Zloty. Nach langer Debatte wurde der Zuschlag dem bisherigen Pächter Rudzki für den Pachtzins von 6000 Zloty auf 2 Jahre erteilt.

Die **Pachtung des Chorzower Vorwerkes** von der Skarboferm, soll erst dann vorgenommen werden, wenn die Skarboferm den Pachtzins auf 20 000 Zloty ermäßigt und die bewohnten Räume der 3 Mieter freimacht. Bei Nichterfüllung dieser Bedingungen soll von der Pachtung Abstand genommen werden.

Der Dringlichkeitsantrag betreffend der Kartoffel-Belieferung der städtischen Armen, wurde dem Magistrat zur Erledigung überwiesen. In einer geheimen Sitzung wurde die Anstellung eines Direktors für das städtische Mädchengymnasium und eines Lehrers vorgenommen. Somit fand die Sitzung um 7 Uhr ihr Ende.

m.

Nachträglich wurden die definitiven Bedingungen, welche vom Schulinspektorat in Angelegenheit der Errichtung einer Kinderspielschule in Städtisch-Janow unterbreitet wurden, berichtigt. Die Spielschule soll bei der Schule 3 errichtet werden.

Darauf beschloß man den Stadtverordneten die Vorschläge für die Wahl eines Schiedsrichters und dessen Vertreters im Bezirk 3 und eines Vertreters des Schiedsrichters im Bezirk 1, vorzulegen. Die Pachtung der städtischen Litfaßsäulen und öffentlicher Anschlageplätze wurde dem Verband der Kriegsinvaliden, Ortsgruppe Myslowitz zugewiesen und zwar für die Zeit vom 1. Oktober d. Js. bis zum 30. September 1930.

Der Firma M. Kopczynski in Sosnowice wurde die Erlaubnis für die Inbetriebsetzung zweier Autobusse auf der Linie Myslowitz-Radocha-Sosnowitz und Myslowitz-Niwka-Sosnowitz prolongiert. Die Entschädigung für die Schulbereinigerinnen wurde nach den vorbindlichen Zahlsätzen in Pauschalform mit der Verbindlichkeit vom 1. September d. Js. geregelt.

Das städt. Bauamt wurde beauftragt einige notwendigen Arbeiten in den städtischen Wohngebäuden durchzuführen.

Zur Kenntnis genommen wurde der Bericht über den Stand der Arbeiten am Bau des städtischen Wohnhauses an der Rymerstraße, welches 30 Wohnungen enthalten soll, desgl. die Vorschläge der Armendeputation.

Zum Schluß der Sitzung wurden einige laufende Verwaltungsangelegenheiten erledigt.

h.

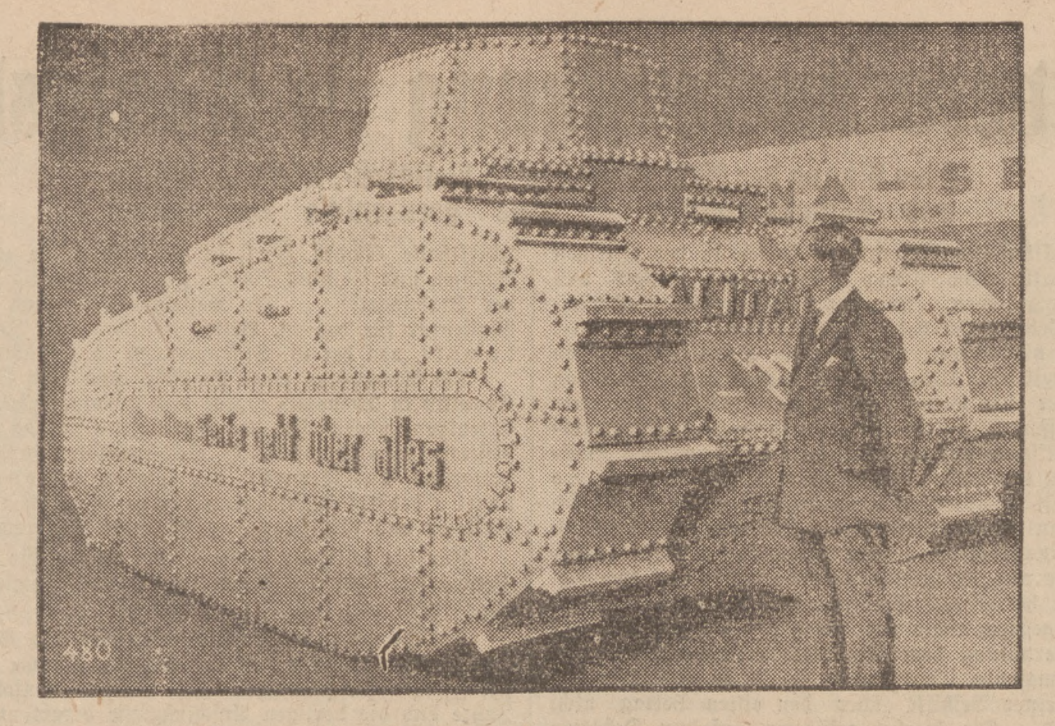
Der Eisenbahnmaschinenschuppen eine Plage der Stadt Myslowitz.

Unter den vielen Plagen, welche die Stadt Myslowitz über sich ergehen lassen muß, ist wohl der Maschinenschuppen der Eisenbahn eine der größten. Der in Frage kommende Schuppen liegt an einer der belebtesten Straßen. Den Bewohnern **dieser Straße ist es nicht möglich, die Fenster, welche in Richtung** nach dem ewig qualmenden Maschinenschuppen gelegen sind, zu öffnen, ohne, daß der fettige und russige Rauch die Wohnungen erfüllt und die Gegenstände in denselben verunreinigt. Schon in gesundheitlicher Hinsicht ist der Maschinenschuppen an dieser Stelle unmöglich. Angebrachter wäre es, wenn derselbe in Verbindung mit der jetzt von dieser getrennten Werkstatt in der Nähe der Targowica hinter dem evangelischen Friedhof oder an der Myslowitzgrube an der neuerstandenen ul. Katowicka zu stehen käme.

Von seiten des Bürgermeisters Dr. Karczewski werden in dieser Hinsicht Schritte unternommen und das vor allem aus hygienischen Motiven heraus. Es ist eine Frage, ob die Eisenbahndirektion, welche für solche Sachen kein Verständnis zu haben scheint, auf die Pläne eingehen wird. Hier muß bemerkt werden, daß die Eisenbahndirektion den Umstand in Rechnung nehmen muß, daß ihr durch die verschiedenen industriellen und anderen Institutionen in der Stadt Myslowitz große Gewinne zufließen und, daß ihr dadurch eine moralische Pflicht zur Berücksichtigung der Wünsche der Bürgerschaft, welche für diese Gewinne, wenn auch indirekt, das ihrige beiträgt.

Der Platz, welcher nach der Entfernung des Maschinenschuppens sich sehr gut für einen Bauplatz, wie ein Verwaltungsgebäude u. a. eignen würde, dürfte der Eisenbahndirektion die Kosten, welche für den Neubau eines Maschinenschuppens an einer anderen Stelle äußerlich der Stadt, ersetzen. Somit würde der D. K. P. kein Risiko erstehen. Nur mehr Verständnis für das Notwendige in der Zukunft ist seitens derselben erforderlich und alles läßt sich machen. Hoffentlich verstrickt sich in diesem Falle die Eisenbahndirektion nicht in die ultramontane Klausel, daß es einmal so, wie es ist, richtig war und darum auch jetzt richtig ist, wie sie es mit dem Umbau der Seufzerbrücke in Schoppinitz macht.

h.



Die große Reichs-Seifen-Messe in Berlin

In den Gesamträumen der Neuen Welt in Berlin-Hasenheide hält der Zentral-Verband der Seifenhändler seine Reichs-Seifen-Messe 1929 ab. - Die Messe zeigt alles, was an Seifenwaren, Parfüms und chemisch-technischen Artikeln in Küche und Haus gebraucht wird. Originell ist der auf dem Bilde dargestellte, ganz aus Seife gefertigte Riesen-Tank.

Bumba

Von Kurt Martens.

Gegen den Kollegen Bumba bestand am Amtsgericht von jeher ein Vorurteil. Nicht unter uns Referendaren, sondern bei seinen Vorgesetzten. Bumba war sein Spitzname; er hieß noch weniger schön und besaß auch sonst keinerlei äußere Vorzüge. Auf dünnen Säbelbeinen lastete ein breiter, ungefüger Rumpf und auf dem kurzen Hals ein massiger Schädel mit finsterem, eigensinnigem Antlitz, das nie zu lächeln verstand.

Er lebte einsam und ärmlich, ohne jeden Verkehr. Aber weil er gern Vertretungen und Aushilfen übernahm, sich mit seiner zähen Arbeitskraft und seinem erstaunlichen Wissen immer nützlich machte, versagten wir ihm unsere Achtung nicht. Anders die Richter. Die konnten ihn nicht ausstehen, wollten am liebsten nichts mit ihm zu tun haben und suchten sich seiner Ausbildung, wo es nur anging, zu entziehen. Bumba war nämlich ein unbequemer Untergebener; er nahm es nicht nur mit den Fällen und Akten sehr genau, bemerkte und monierte jeden Verstoß, jeden Rechtsirrtum, jede Nachlässigkeit. Aergerlicher noch war sein Widerspruchsgeist, mit dem er sich unerbittlich und immer gestützt auf das Gesetz, gegen die bequeme Uebung des Gerichts auf Seite der Parteien stellte, indem er die Ansicht vertrat, daß sie vor allem, mehr als die Richter, des Schutzes des Gesetzes bedürften. Wenn unnütz vertagt wurde, in der Hetzjagd der Termine jemand nicht genügend zu Worte kam, über eine ungeklärte Sache Urteil gesprochen werden sollte, konnte der Amtsrichter sicher sein, daß ihm Bumba unter vier Augen bescheiden, aber deutlich, seine Verwunderung darüber aussprach. Infolgedessen bestand seine Konduite aus einer Reihe abfälliger und ausfälliger Zeugnisse. Wohl oder übel mußte ihm obenhin sein Fleiß, sein juristischer Scharfsinn, seine gediegene Gesetzeskenntnis bescheinigt werden, gleichzeitig aber wurde allerseits betont, daß er es nicht verstände, sich in die Praxis einzuleben, vorlaut und anmaßend aufträte und seine Stellung richterlicher Autorität gegenüber völlig verkenne.

Trotz den Bergen von Protokollen und Urteilsbegründungen, die man ihm aufbürdete, fand er die Zeit, sich in der wissenschaftlichen Literatur auf dem Laufenden zu halten, als einziger Jurist im Städtchen die Fachzeitschriften zu studieren und in Arbeiterkursen Vorträge über die Grundlagen der Rechtspflege zu halten.

Zur Vorbereitung auf das Assessorexamen kamen die Referendare gruppenweise in den Abendstunden zusammen, fragten sich gegenseitig die Gesetzesstellen ab, erörterten kniffige Fälle und übten sich im juristischen Denken. Da war Kollege Bumba auf einmal die gesuchteste Persönlichkeit. Kameradschaftlich stellte er sich als Einpauker zur Verfügung und setzte jeden in Verwunderung durch den Umfang und die Klarheit seines Wissens wie durch die Sicherheit des Urteils. Das Bürgerliche und das Strafgesetzbuch hatte er fast wörtlich im Kopf, über die Masse der Nebengesetze war er besser unterrichtet als mancher Reichsgerichtsrat. Wir sagten ihm alle für das Examen die Nummer Eins und eine große Zukunft voraus.

Aber es kam anders, als wir und er selbst geglaubt. Schon nach dem schriftlichen Teil der Prüfung, zu der er sich als einer der Ersten und Zuversichtlichsten gemeldet hatte, wurde er zu allgemeiner Ueberraschung zurückgewiesen. Seine Arbeiten, so wurde bekannt, waren, abwegig“ und deshalb ungenügend gewesen, abwegig in dem Sinne, daß sie bei allen sonstigen Vorzügen mit dem Text des Gesetzes zu frei umgingen, den Geist und Willen des Gesetzgebers, also die eigentliche Gerechtigkeit über den Buchstaben stellten und mehr rechtsphilosophisch als durch Auslegung der Paragraphen die geforderte Entscheidung trafen. In dem Strafrechtsfall — das wurde ihm am meisten verübelt — hatte er den Angeklagten, den ein offenbarer Widersinn des Gesetzes zu Falle bringen mußte, dem verpönten „gesunden Menschenverstand“ entsprechend freigesprochen. Der gesunde Menschenverstand ist bekanntlich das rote Tuch unserer Rechtspflege, und die Prüflinge werden immer wieder vor die Aufgabe gestellt, sich durch entschlossenes Festhalten an rein juristischen Schlüssen von ihm beirren zu lassen. Bumba hatte an einer Stelle ausgeführt, daß solche Irrtümer und Entgleisungen im Gesetz, die immerhin selten vorkommen, von der entscheidenden Instanz nach eigenem richterlichen Ermessen berichtigt werden müssen. Das allein hätte ihm den Hals gebrochen.

Mit dem besten Vorsatz zum unvermeidlichen Formalismus stieg er nach einem Jahre zum ersten Male ins Examen. Da ging es leidlicher; er wurde zur mündlichen Prüfung zugelassen. Die aus höheren Richtern und Ministerialräten bestehende Kommission nahm ihn mit ungewöhnlicher Strenge ins Verhör. Seine schlechte Konduite und das Ergebnis seines ersten Versuchs sprachen von vornherein zu seinen Ungunsten. Das Auditorium der Referendare spürte deutlich das Pfeifen eines widrigen Windes. Der Vorsitzende, ein dürres, vertrocknetes Männchen aus dem Justizministerium, ohnehin als „Mordkommissar“ bekannt, rückte ihm mit den tückischsten Waffen zu Leibe. Er legte ihm Fälle vor, die für Bumbas leidenschaftliches Gerechtigkeitsgefühl voll gefährlicher Fußangeln waren und in denen er sich dann auch richtig des öfteren verfing. Damit nicht genug, fragte er Bumba aus über jene fernliegenden Gebiete, die eines Juristen Fuß nur in ganz besonderer Mission betritt, nämlich über die Aufwertungsfragen, die neuesten, ewig wechselnden Miet- und Steuergesetze und die sie umschwärmenden, häufig sich widersprechenden Verordnungen. Kein Referendar hat Zeit und Gelegenheit, sich während seiner Ausbildungsjahre mit diesen zu befassen und braucht in der Regel auch eine Prüfung darin nicht zu befürchten. Auf einen solchen Angriff war nicht einmal Bumba vorbereitet. Er hüllte sich in Schweigen, dann bemerkte er bissig: „Ich glaube die Jurisprudenz mindestens in dem gleichen Umfang zu beherrschen wie die Herren Richter, unter denen ich zu arbeiten hatte.“

Damit war er natürlich geliefert. Man würdigte diese frivole Verteidigung keiner Antwort und beschäftigte sich nur noch mit den anderen drei Kandidaten.

Als das Ergebnis dieses großen Staatsexamens eine halbe Stunde später im Wartezimmer verkündet wurde, lautete es für Bumba auf Nichtbestanden. Und da er zum zweitenmal versagt hatte, war ihm die juristische Laufbahn für immer verschlossen. Die Rechtspflege hatte ihn als einen Unfähigen ausgespien aus ihrem Munde.

Die Kollegen umstanden ihn wie vor den Kopf geschlagen, erschüttert von der sinnlosen Härte dieses Schicksals. Auch Bumba war bis zum letzten Augenblick hoffnungsvoll geblieben.

Die Wut der Verzweiflung kochte in ihm hoch. Er brüllte auf wie ein mißhandeltes Tier und stürzte sich gegen die Pforte, die ihn von den Zerstörern seines Lebens trennte. Man hielt ihn fest, und er begann zu toben:

„Los! — Los! — Laßt mich los! Ich muß hinein zu ihnen! Ich mache ihn kalt, den Hund! Der will das Recht und die Gesetze hüten? Bosheit und Niedertracht! Die Wahrheit sollen sie hören…., das war kein Examen…, das war ein Lumpenstreich!“

Nur mit Mühe gelang es, ihn zu bändigen und die Treppe hinabzudrängen. Sein Geschrei und Geheul dröhnte durch die stillen Korridore des ehrwürdigen Ministeriums.

Bumba verschwand für längere Zeit aus dem Gesichtskreis der Berufsgenossen. Es hieß, daß er in der Kanzlei eines unbedeutenden Anwalts Beschäftigung gefunden hätte. Nach Jahren wollte ihn jemand als Bureauvorstand in einer Kanzlei wiedergesehen haben.

Dann tauchte er auf einmal als einer jener „Rechtskonsulenten“ auf, die das Aergernis der Rechtsanwaltschaft und das Kreuz der Amtsrichter sind. Er vertrat die Interessen kleiner Leute, die sich keinen Anwalt leisten können oder mißtrauisch lieber zu einem Außenseiter gehen. Er hielt Sprechstunden ab in dem dunklen Hofgelaß einer Mietkaserne und ergriff vor Gericht das Wort für solche, denen es nicht geläufig war.

Dort traf er oder stieß er wohl auch manchmal mit seinen ehemaligen Vorgesetzten und Kollegen zusammen, die während der Vorbereitungszeit von seiner Allwissenheit profitiert hatten.

Das Kümmerliche und Demütigende dieser Existenz lastete sichtlich schwer auf ihm, und er merkte gar nicht, mit welch aufmerksamem, wenn auch widerwilligem Respekt die Richter seinen Ausführungen folgten. Daß er seinen Klienten fast immer zum Sieg verhalf erschien ihm selbstverständlich; denn er leistete niemandem Beistand, von dessen Recht er nicht überzeugt war.

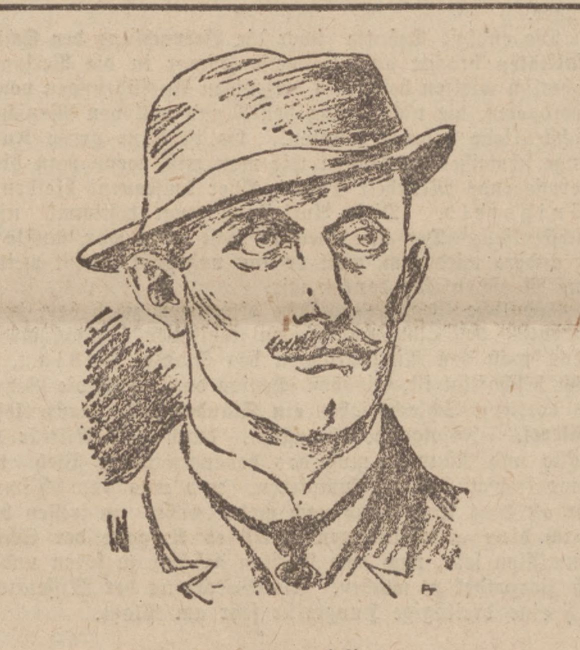
Bei seiner armseligen Klientel und bald auch bei allen, die mit den Gerichten Fühlung hatten, sprachen sich seine Erfolge herum. Es entstand ein großer Zulauf, auch von zahlungsfähigen Kunden, und selbst angesehene Rechtsanwälte gingen ihn zuweilen in schwierigen Fragen insgeheim um seinen Rat an.

Die Kanzlei, die er nun im Zentrum der Stadt eröffnete, wohlbesetzt mit rechtskundigen Leidensgenossen und einem Stab von Stenotypistinnen, gelangte so rasch zur Blüte, daß er auch innerlich auflebte und sein verdorrter Idealismus neue Keime trieb.

Kürzlich begegnete ich ihm in der Generalversammlung eines Industriekonzerns, der ihn zu seinem Syndikus bestellt hatte und beglückwünschte ihn zu seinem Aufstieg.

Kopfschüttelnd erwiderte er:

„Es wäre mir auch heute lieber, wenn ich zu denen gehörte, die das Recht zu zeugen haben, statt zu denen, die dabei nur Hebammendienste leisten. Immer wieder muß ich mich fragen: Gibt es überhaupt eine exakte Wage der Gerechtigkeit? Oder verhält es sich mit dieser vielleicht ebenso wie mit dem Ring des weisen Nathan, der verloren ging? Nun, Gott schütze das Recht und uns alle vor dem Gestümper des Rechts-Betriebes!“

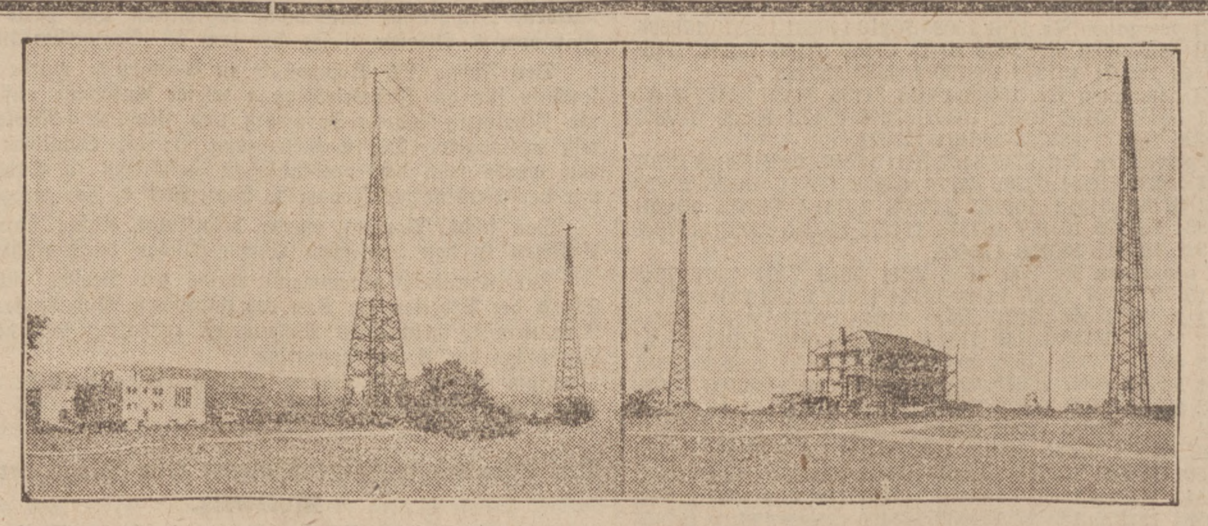


Hermann Löns

der wie kein anderer Jagdschriftsteller von Wald und Wild schreiben konnte, fiel am 27. September vor fünfzehn Jahren bei Reims.

Das Klima der Sahara

O. Olufen gibt u. a. folgende Beobachtungen in seinem Buche „Le climat du Sahara“: Die Behauptung, daß sommerliche Temperaturen von 70 Grad vorkommen können, hält Olufen für übertrieben. Nach seiner Meinung dürfte 60 Grad das absolute Maximum sein. Er selbst hat im Winter 1922/23 nur Hitzegrade bis zu ungefähr 40 Grad angetroffen, aber die Witterung war in diesem Jahre durchaus anormal, wie die häufigen Regen im November, Dezember und Januar zeigten. An der Oberfläche der Dünen hat man 70 Grad gemessen wobei man nicht mehr auf der Stelle stehen kann. In den Wüstenfeldzügen soll es vorkommen, daß die Soldaten sich lieber den feindlichen Geschossen aussetzen, als durch Hinlegen auf den glühenden Boden Schutz zu suchen. Die Temperatur der Quellen, die aus 30—35 Meter Tiefe kommen, ist während des ganzen Jahres 20—25 Grad. Frost und Reifbildung tritt in der kalten Jahreszeit häufig auf. Im Jahre 1910 wurde in Tidikelt eine Kälte von —30 Grad (!) beobachtet. Der Uebergang von der Tageshitze zur nächtlichen Abkühlung ist sehr stark. Temperaturstürze von 40 Grad innerhalb von wenigen Minuten können vorkommen. Unter dem Einfluß des geringen Wasserdampfes in der Luft kühlt der Erdboden so stark ab, daß in der Nähe einer Quelle im Großen Erg eine Wasserschale, die zur Hälfte in den Sand eingegraben war, bis auf den Grund ausfror, während die Lufttemperatur noch 10 Grad war. Andererseits erstreckte sich die starke Erhitzung des Bodens am Tage nur auf eine ganz dünne Oberflächenschicht, die somit außerordentlich große Tagesschwankungen zeigt. Der Niederschlag in der Sahara wird noch auf 100 Millimeter Jahressumme geschätzt. Es gibt aber auch viele Orte, wo Jahre vergehen, bis es einmal regnet. Der Niederschlag fällt in Form von stärksten Güssen, die in den tiefer gelegenen Becken Ueberschwemmungen verursachen und den dort lagernden Karawanen gefährlich werden können. Im Oktober 1904 fielen in der Oase Ain Sefra in zwei Tagen 76 Millimeter. Nebel sind selbst an den trockenen Stellen nicht selten und können so dicht sein, daß es schwer ist, sich zu orientieren. Schnee hat Olufen auf seiner Reise nicht beobachtet. Aber auf dem Haggargebirge soll es fast in jedem Jahre fallen und dann auch für einige Minuten, höchstens eine halbe Stunde liegen bleiben. Bei den Gewittern wird häufig beobachtet, daß der Blitz zur Erde fährt, aber sonderbarerweise ist unter den Eingeborenen nicht bekannt, daß je ein Mensch vom Blitz in der Sahara erschlagen wurde.



Das Sprachrohr des Völkerbundes

Nach längeren Verhandlungen mit der Schweiz bekommt der Völkerbund zur Wahrung seiner völligen Unabhängigkeit auch seine eigene Radiostation, deren Bau soeben vollendet wurde. Links: die Sendestation — rechts: die Empfangsstation. Beide Stationen liegen in der Nähe von Genf und sind mit dem Betriebsbureau in Genf durch eine Reihe von Leitungen verbunden.

Der Arbeiter-Sänger

Sind Tonwerke unantastbar?

Die Bibel gilt bei allen Frommen als ein unmittelbares Erzeugnis des „Heiligen Geistes“, und daher wird keim Frommer es wagen, auch nur an einer Silbe dieses „heiligen Buches“ zu deuteln. Die organisierte Arbeiterschaft hat aber glücklicherweise die von der Kirche gezüchtete Autoritäts-Gläubigkeit gegenüber der Bibel und überhaupt den Geist frommer Demut im allgemeinen überwunden und hat erkannt, daß die Bibel und überhaupt alle Religionen Menschenwerk sind, daher stets bestimmten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen entsprechen und mit diesen Zuständen verändert und überwunden werden.

Es treten aber neuerdings in der Arbeitersängerbewegung Kunst-Apostel auf, die gern aus der Musik eine neue Religion für die Arbeiterschaft machen möchten, um das überwundene Opium der Kirchenreligionen durch ein neues Opium zu ersetzen. Man erklärt die Komponisten für Heilige und ihre Kompositionen für „Inspirationen“, d. h. für Eingebungen eines „Heiligen Geistes“ und mithin für heilige und unantastbare Werke. Wehe dem, der nicht in anbetender Demut vor den erhabenen Schöpfungen der großen Meister auf dem Bauche liegt; wehe dem, der es wagt, diese Schöpfungen für Menschenwerk zu erklären und dementsprechend zu behaupten, daß sie an bestimmte Zeitumstände gebunden sind und unter anderen Umständen verändert, gegebenenfalls sogar ganz zum alten Eisen geworfen werden müssen. Der anmaßende Frevler an der „Heiligkeit“ des Kunstwerkes wird von den Kunst-Aposteln mit der gleichen fanatischen Wut verfolgt werden, wie der Religions-Frevler von den Kirchen-Priestern.

Und doch ist für die Arbeiterbewegung das demütige Anbeten von Kunstwerken ebenso gefährlich, wie das demütige Anbeten von Göttern, von angestammten Herrscherhäusern und ähnlichen unkontrollierbaren Autoritäten. Gewiß, die Kunst erhebt uns über die kleinen Sorgen des Alltags und bringt uns außergewöhnliche Freuden. Deshalb haben wir allen Grund, die Kunst zu lieben. Aber darum jedes Kunstwerk heilig zu sprechen, ist nicht nur überflüssig, sondern sogar gefährlich. Denn Kunstwerke sind nun einmal Menschenwerke. Wir wollen also lieber davon absehen, Kunstwerke für unantastbar zu halten und wollen statt dessen ganz nüchtern untersuchen, unter welchen Umständen und wie weit Abänderungen und Kürzungen an Tonwerken vorgenommen werden dürfen.

Die Gründe, die zunächst für Abänderungen von Tonwerken in Frage kommen, sind mannigfacher Art:

Zunächst einmal war es noch bis zu den Zeiten Bachs durchaus nicht üblich, in Gesangswerken mit Begleitung alle Begleitstimmen in Noten auszuschreiben. Man schrieb vielmehr meist nur die Baßstimme in Noten und deutete die Mittelstimmen durch eine Zifferschrift an, die dem ausführenden Künstler nur den harmonischen Rahmen gab, innerhalb dessen er die Mittelstimmen frei erfinden konnte. Alle diese vom Komponisten in „Generalbaßbezifferung“ notierten Werke liegen heute gedruckt in ausgeführter Notenschrift vor. Die Mittelstimmen sind aber nicht vom Komponisten, sondern vom Herausgeber geschrieben. Daher muß jedem tüchtigen Musiker grundsätzlich das Recht eingeräumt werden, hier oder dort im Rahmen der vom Komponisten gegebenen Baßbezifferung Abänderungen der Mittelstimmen vorzunehmen, wo ihm die Bearbeitung des zufälligen Herausgebers nicht zusagt. Immerhin sind im allgemeinen die Bearbeitungen der Herausgeber gut und werden daher zu Abänderungen selten Anlaß geben.

Dagegen ergibt sich bei Orchesterwerken früherer Zeiten sehr oft nicht nur die Möglichkeit, sondern sogar die Notwendigkeit, die Instrumentation zu ändern. So schrieb z. B. Bach noch für verschiedene zu seiner Zeit gebräuchliche Instrumente, die heute nicht nur ungebräuchlich geworden sind, sondern einfach gar nicht mehr existieren (Oboe d'Amore, Viola da Gamba und andere). Man ist also einfach gezwungen, die Stimmen, die für veraltete Instrumente geschrieben sind, von ähnlich klingenden gebräuchlichen Instrumenten spielen zu lassen, wenn man nicht ganz auf die Aufführung verzichten will.

Auch bei Beethoven gibt es in den Orchesterwerken viele Stellen, die Beethoven selbst anders geschrieben haben würde, wenn er die technisch vervollkommneten Instrumente unserer Zeit gekannt hätte. So sind seine Hörner- und Trompetenstimmen noch für Natur-Instrumente geschrieben, auf denen man nur ganz bestimmte Töne erzeugen kann, während auf den heutigen Ventilhörnern und Ventiltrompeten jeder Ton spielbar ist. Man hat daher allen Grund, die Hörner- und Trompetenstimmen in den Beethovenschen Orchesterwerken völlig umzuarbeiten *) und vor allem die Stellen zu verbessern, in denen Beethoven eine Melodie nur deshalb veränderte oder unterbrach, weil ihm die nötigen Töne auf den Natur-Instrumenten nicht zur Verfügung standen. Derartige Umarbeitungen der Beethovenschen Partituren sind in der Tat wiederholt von Dirigenten vorgenommen worden, besonders von Richard Wagner und in neuerer Zeit wieder von Gustav Mahler, die beide große Beethoven-Verehrer waren und gerade deshalb Veränderungen an den Werken des Meisters vornahmen.

In engstem Zusammenhang mit dieser Frage der Abänderungen der Partitur steht die Frage der Orchesterbesetzung. Die heutigen Riesenorchester waren den Klassikern noch völlig unbekannt, ebenso die heutigen Massenchöre. Gleichwohl ist es unbedenklich und bedeutet meist sogar eine große Steigerung der Wirkung, wenn man die für kleine Liebhaber-Orchester und Gesangvereine geschriebenen Werke in kleineren Orten unter Anpassung an die gegebenen Möglichkeiten auch mit kleinen Chören und kleinen Orchestern oder gar mit Klavierbegleitung aufführt, und es würde ein völliges Verkennen des Wesens der klassischen Musik bedeuten, wenn man eine von innerer Begeisterung getragene Aufführung von klassischer Musik als „künstlerisch minderwertig“ bezeichnen wollte, nur weil sie mit beschränkten technischen Mitteln arbeitet. Gerade den kleineren Volkschören des Arbeiter-Sängerbundes sollte empfohlen werden, sich nicht durch die Prunkaufführungen der Massenchöre mit Massenorchestern in den Großstädten davon abhalten zu lassen, die gleichen Werke in den kleinen Orten mit den dort vorhandenen geringeren Mitteln ebenfalls aufzuführen. Eine solche Aufführung in kleinem Rahmen wird, wenn sie nur gut eingeübt und mit Begeisterung ausgeführt wird, weit mehr dem Geiste des Komponisten entsprechen, als eine Großstadt-Aufführung, in der alles auf Prunk und Effekt eingestellt ist.

Wir kommen nun zur Frage der Kürzungen. Diese Frage ist bei Beethoven niemals zu bejahen, weil Beethoven mit größter Gewissenhaftigkeit selbst an seinen Werken arbeitete und sie niemals veröffentlichte, wenn er nicht jede Note auf ihre unbedingte Notwendigkeit im Aufbau des ganzen Werkes geprüft hatte. Bei ziemlich allen anderen Komponisten gibt es im einen oder anderen Werke Stellen, die im Gesamtaufbau des Werkes nicht unbedingt notwendig sind, und die daher gestrichen werden können, ja, deren Streichung unter Umständen sogar die Wirkung des Werkes bedeutend erhöht. So gibt es in den meisten Opern und Oratorien bereits „traditionelle Striche“, d. h. Stellen, die gewöhnlich bei allen Aufführungen des Werkes weggelassen werden. Die Arbeitergesangvereine haben natürlich keinen Grund „pietätvoller“ gegenüber den Tonwerken zu sein, als das Bürgertum, und sich nun unbedingt auf „strichlose“ Aufführungen zu versteifen, auch wenn die Praxis längst erwiesen hat, daß die gekürzte Aufführung wirkungsvoller ist, als die ungekürzte. Es kann im Gegenteil geboten sein, für ein musikalisch wenig oder gar nicht vorgebildetes Arbeiterpublikum die Werke noch mehr zu kürzen, als es beim Bürgertum üblich ist, um die Aufnahmefähigkeit des Arbeiterpublikums nicht zu überschreiten und auf diese Weise statt einer inneren Erhebung eine Uebermüdung zu erzielen. Man versteife sich also keinesfalls in übertriebener „Pietät“ vor den „heiligen“ Kunstwerken auf ungekürzte Aufführungen, sondern trage den jeweiligen praktischen Bedürfnissen ausgiebig Rechnung.

Ich habe mich bisher auf die rein musikalische Seite der Frage beschränkt. Für die Arbeiter-Sängerbewegung ist aber vielleicht die textliche Seite der Frage noch wichtiger und bedeutungsvoller. Es handelt sich darum, ob es erlaubt ist, den Text eines Gesangswerkes abzuändern und aus textlichen Gründen Streichungen vorzunehmen. Hier ist ausschlaggebend, ob die gegebene Musik eine Textänderung bezw. eine aus textlichen Gründen gewünschte Streichung zuläßt oder nicht. In jedem künstlerisch wertvollen Gesangswerk ist die Musik mit dem Text aufs engste verwachsen. Man könnte also meinen, daß die Musik eine Textänderung nie zulassen könnte. Aber diese Behauptung wird am schlagendsten widerlegt durch die Praxis großer Komponisten. Gerade Bach, der als der bedeutendste Meister der Tonkunst gilt, hat verschiedentlich der gleichen Komposition verschiedene Texte untergelegt, je nach dem Zwecke der Aufführung. Er muß also der Ueberzeugung gewesen sein, daß die Musik doch nicht so eng mit dem Texte verwachsen ist, daß man nicht zu gleicher Musik auch verschiedene Texte benutzen könnte. Und in der Tat, die Musik bringt nicht Gedanken, sondern nur Stimmungen zum Ausdruck, und die gleiche Stimmung kann unter Umständen den verschiedensten Texten entsprechen. Das Wesentliche ist also, daß man den Stimmungsgehalt der Musik richtig erfaßt und nur solche Aenderungen am Text vornimmt, die den Stimmungsgehalt unverändert lassen. Wenn also z. B. ein Lied, in dem die Schönheiten der Natur gepriesen werden, in ein Lob Gottes ausklingt, so kann man dieses Lob Gottes ohne weiteres in ein Lob der Natur abändern, ohne der Musik Gewalt anzutun. Wenn man dagegen den durch und durch ernst und religiös empfundenen Chor „Das ist der Tag des Herrn“ in einen höchst oberflächlichen „Begrüßungschor“ verwandelt „Das ist der Tag der Freud'!“, so ist das ein künstlerischer Frevel schlimmster Sorte. Zur Umwandlung in einen derartig nichtssagenden Begrüßungschor dürfte sich dann schon eher ein beliebiges, möglichst nichtssagendes patriotisches Lied eignen, dessen Musik einfach Freude oder dergleichen ausdrückt. Dagegen dürfte es durchaus möglich sein, ernste religiöse Werke mit einem Text zu versehen, der das ernste und erhabene Glaubensbekenntnis des Sozialismus in Worte faßt. Der Versuch ist allerdings bisher nicht unternommen worden, soviel ich weiß; aber er könnte bei genügendem Geschick gelingen.

*) Anmerkung der Schriftleitung: Es ist dies eine Frage, die nicht allgemein gültig geklärt ist. Aus der Praxis erwähne ich folgenden Vorfall. Im Scherzo der 9. Sinfonie, in der „derbfidelen Tanzweise der Holzbläser“ (Kretzschmar) — siehe Orchesterpartitur, Ausgabe Peters, Buchstabe C — haben Wagner, Mahler, Weingartner die Hinzunahme des Bleches als melodieverstärkendes Instrument empfohlen. Bei Aufführung des Werkes durch den Chemnitzer Volkschor, unter Richard Strauß, verlangte dieser Wiederherstellung der Beethovenschen Originalfassung, weil er die Blechverstärkung „unerträglich“ fand (und nach meiner Meinung gerade an dieser Stelle mit Recht — wiewohl ich sonst durchaus nicht allenthalben mit der Straußischen Auffassung des Werkes einverstanden war). — Max von Schillings, der ein Jahr später am gleichen Ort mit gleicher Chorbesetzung das Werk dirigierte (das Orchester spielte diesmal aus der Originalfassung), wünschte hinwiederum an fraglicher Stelle die Melodieverstärkung der Holzbläser durch Blechhinzuziehung.

Musik bei der Arbeit

Zur Beruhigung der Arbeitgeberschaft und auch anderer Leute, die die Musik nun einmal nicht ausstehen können, sei gleich vorneweg bemerkt, daß hiermit nicht beabsichtigt wird, in jeden Arbeitsraum und an jede Arbeitsstätte ein Konzertorchester, welches dem Mechaniker eine Symphonie, dem Schmied einen Marsch, dem Schipper und anderen Kategorien von Arbeitern, die Akkordarbeit leisten, eine Jazzbandproduktion vorspielen sollen, zu verlangen.

Etwas anderes liegt uns auf dem Herzen. Eine andere Musik ist es, mit der wir uns diesmal beschäftigen wollen, die Musik, die schon da ist, und schon manchem, sonst braven Arbeitsmann den klassischen Ausspruch: „Pieronje!“ entlockt hat. Es ist die Musik, welche die Maschine bei ihrem Arbeitsgang macht.

Die Maschine selbst kann wahrhaftig nichts dafür, wenn ihre Melodie, die sie singt, oder sagen wir besser spielt, keine harmonischen Akkorde (ist Zusammenklang mehrerer Töne, die zusammengehören) hervorbringt, sondern Disharmonien (Mißklänge). Sie singt die Melodie, die ihr Schöpfer in sie hineingelegt hat. Melodie ist nun eine aus Seelenstimmung erzeugte, schöne Tonfolge. Jedoch der Techniker, der Ingenieur, die die Maschinen bauen, arbeiten nicht mit der Seele, sondern mit dem Gehirn. Außerdem sind sie auch nicht dazu verdammt, bei ihren Maschinen, die mitunter einen Höllenlärm veranstalten, ein Drittel ihres Lebens im Mannesalter zu verbringen und dabei noch zu arbeiten, sonst wären sie bestimmt neben ihrem Beruf als Konstrukteur auch noch Komponist geworden.

Der Techniker erwirbt seine Kenntnisse auf den einschlägigen Schulen, wo er seine Studien mehr oder weniger der Physik zuwenden muß. Mechanik, Optik und Elektrizität werden wohl nach Bedarf und womöglich darüber hinaus, durchgenommen. Warum nicht mit derselben Gründlichkeit auch die Lehre vom Schall (Akustik)? Es müßte doch dabei herauszufinden sein, und jeder Schüler, der später ins Wirtschaftsleben tritt, um Neues zu schaffen, müßte wissen, daß seine Maschinen Geräusche erzeugen, die unter den physikalischen Begriff Schall fallen und nicht nur vom Ohre, sondern vom ganzen Körper als angenehm, unangenehm oder neutral empfunden werden. Besonders bei den Maschinen, die im Grubenbetrieb unter Tage verwendet werden, ist das Geräusch der arbeitenden Luftbohrmaschinen, Schrämmaschinen und Haspel bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Ja, man wird, wenn auch nur vorübergehend, taub davon. Die Verständigung der Arbeiter untereinander kann nur durch Zeichen geschehen und trotz dieses Höllenlärmes muß noch tüchtig gearbeitet werden, wenn der ohnehin kärgliche Lohn nicht ganz ausbleiben soll.

Wissenschaftliche Untersuchungen in dieser Hinsicht sind schon genug vorgenommen. Resultat: Ueberwältigend! Man fand, mit Stoppuhr und Metermaß in der Hand, daß Arbeiten, die ohne ablenkenden Lärm ausgeführt werden, bedeutend schneller erledigt wurden, als solche, bei denen der Maschinenlärm alles übertönte.

Eine andere Untersuchungsmethode, die, nebenbei gesagt, das gleiche Resultat zeitigte: Zwei gleichbemessene Arbeitsquanten mußten von dem sie ausführenden Arbeiter in der gleichen Zeit verrichtet werden. Bei dem einen Quantum wurde jeglicher Lärm gemieden und bei dem anderen Posten dagegen ablenkende Geräusche erzeugt. Nach jeder Zeit wurde nun der Arbeiter auf Ermüdung untersucht, und dabei fand man, daß die bei Lärm getätigte Arbeit bei weitem anstrengender gewesen war, also der Arbeiter mehr müde wurde, als bei der gleichen Arbeit ohne Krach.

Man fand nun physiologische und psychologische Gründe hierfür und zog sogar „wirtschaftlich“ die Nutzanwendungen daraus. Jawohl, der Kapitalismus wurde human, aber nur so, wie es ihm paßte!? Büroräume legt man jetzt so, daß möglichst wenig Lärm von außen eindringt. Außerdem bringt man, wo selbige nach der Straße liegen, in den Fenstern Milchglasscheiben an. Letzteres tut man auch bei den Fabriken, deren Fenster nicht so hoch angebracht sind, um keinen Blick in die Außenwelt zu tun. Um den Arbeiter vor Unfall zu schützen, sagt man mit humanem Augenaufschlag. Wo der Maschinenlärm groß ist, dort wird er zwar nicht abgeschafft, aber dafür kommt ein Aufseher dazu. Wo die Maschinenmusik aber im stärksten Forte ertönt, dort muß der Arbeiter eine Akkordarbeit bekommen, damit er nicht von den „süßen“ Melodien überwältigt wird und die Arbeit vergißt.

Es gibt natürlich auch einzelne Maschinen, deren Musik und Rhythmus beim Gang etwas ausgeglichenes an sich hat und annähernd mit der Seelenstimmung des Arbeiters übereinstimmt. Ob dies nur reiner Zufall oder schon Absicht des bauenden Ingenieurs gewesen ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls steht fest, daß die Mehrzahl der vorhandenen Maschinen noch musikalische Foltern für die Nerven des Arbeiters sind. — Da wir heutigen Arbeiter aber fast alle mit Maschinen in Berührung kommen, haben wir jedoch ein großes Interesse, daß unsere Nerven vor disharmonischem Lärm der Maschine möglichst verschont bleiben. Nicht zuletzt ist dies auch von wirtschaftlichem Interesse. Es dürfte wohl allgemein bekannt sein, daß auch das stärkste Tau bei übermäßiger Inanspruchnahme platzt, warum sollen da die mit dem bloßen Auge gar nicht sichtbaren Nervenstränge alles aushalten? Unser heutiger Urlaub reicht nicht aus, um die Vergewaltigung des Nervensystems im Verlauf des ganzen Jahres auszugleichen und wenn er ausreichend wäre, so langt der Verdienst beim gewöhnlichen Arbeiter nicht, um Bade- und Erholungsreisen, die hierbei in Frage kämen, zu unternehmen; wo würde dann die Familie bleiben. Die Krankenkassen und deren Aerzte erkennen aber Nervenkrankheiten nur an, wenn der Inhaber von solchen „neuzeitlichen“ Gebilden reif für Rybnik ist.

Ist es denn wirklich so ungeheuerlich, was hier verlangt wird? Verlangen wir denn Unmögliches? Verlangen wird, daß man einen Krieg vom Zaune brechen und sämtliche Granaten, Kanonen und Mordwerkzeuge musikalisch machen soll, damit sie nun, je nach patriotischer Veranlagung, „Heil dir im Siegerkranz“, die „Rota“ oder sonst was spielen, um den Heldentod zu verschönern?

Wir verlangen nur von denjenigen Kreisen, die die heutige Wirtschaft verkörpern, daß man beim Anschaffen einer neuen Maschine nicht nur darauf sieht, was sie leistet, also gewissermaßen ob sie sich dreht, man soll auch die „Musik“ der Maschine berücksichtigen und die alten nach Möglichkeit durch moderne in dieser Hinsicht ersetzen. Disharmonie ist es, die zur Revolution drängt, dagegen besänftigen harmonische Klänge, und letztere im Verein mit dem passenden Rhythmus, fördern die Arbeit.

Somit meinen wir, mit unserer Forderung nicht nur dem Arbeiter zu dienen, sondern darüber hinaus auch den Wirtschaftsfrieden zu fördern. Wir aber wollen, daß die Arbeit Freude werde, dazu müssen aber die Arbeitsstellen so eingerichtet werden, daß man dort arbeiten kann, ohne seinem Körper zu schaden und die heilige Pflicht hierzu haben jene Kreise, die den großen Verdienst nehmen, denn schließlich hört doch das Menschsein nicht kurz vor dem Arbeiter auf.

Nebus.



Zur Gründung einer Tonfilm-Gesellschaft in Deutschland

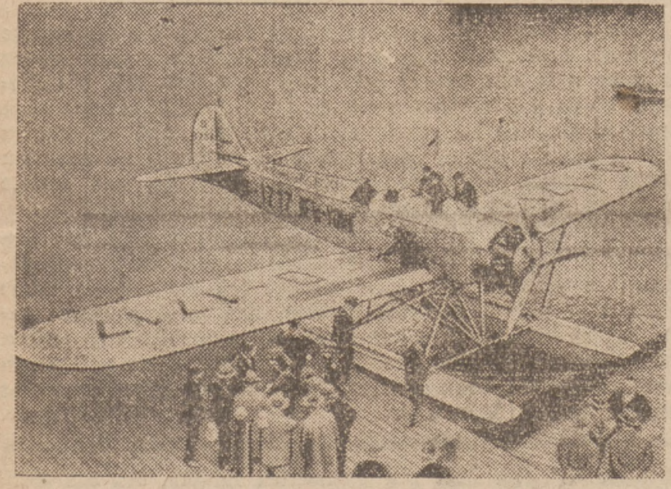
ist der bedeutendste amerikanische Tonfilmsachverständige H. S. Heller nach Berlin gekommen. (Skizze nach dem Leben.)

Was nun Kürzungen aus textlichen Gründen angeht, so denke daran, daß häufig in besonderen Werken einzelne Stellen vorkommen, die so offen reaktionär sind, daß sie von Arbeitern einfach wie Schläge ins Gesicht empfunden werden müssen, z. B. in der „Glocke“ von Schiller (Komposition von Bruch und von Romberg) die Stelle, in der nicht nur die Revolution, sondern sogar jede Aufklärung des Volkes für Frevel erklärt wird. Gewiß, wenn man jedes Kunstwerk für „heilig und unantastbar“ hält, so wird man schließlich sein Gefühl für die „unheilige Politik“ soweit abstumpfen können, daß man auch die reaktionäre Propaganda widerspruchslos hinnimmt, wenn sie nur in einem „heiligen Kunstwerk“ auftritt. Aber wer sich noch nicht zu diesem Standpunkt frommer Demut gegenüber der Kunst durchgerungen hat, wird das Bedürfnis empfinden, wenigstens diese Stelle in der „Glocke“ und ähnliche Stellen in anderen Werken bei Aufführungen wegzulassen. Auch hier muß natürlich der Aufbau des ganzen Werkes entscheiden. Kann die Stelle ohne Schaden für das ganze Werk gestrichen werden (und das ist bei der angeführten Stelle der „Glocke“ z. B. der Fall), dann sollte man sie auch wirklich streichen. Anderenfalls muß man sich vorher überlegen, ob man ein Werk trotz einer offen reaktionären Stelle aufführen will, oder nicht lieber unter solchen Umständen ganz auf das Werk verzichtet. Denn ein gewisses Maß von politischer Selbstverleugnung ist zwar leider in der Arbeiter-Sängerbewegung unvermeidlich, weil bisher noch nicht genügend wertvolle Werke aus dem Geiste der Arbeiterbewegung entstanden sind. Aber man sollte immerhin nicht jede Spur von proletarischem Empfinden zu Hause lassen, wenn man in den Arbeitergesangverein geht. Wer die Kunst als Mittel sieht, um sich nicht nur über den Alltag, sondern über sein ganzes Sein als Proletarier zu erheben, der gehört auch nicht in den Arbeitergesangverein, sondern in die bürgerlichen Vereine, in denen ja tatsächlich immer noch allzu viele Arbeiter singen, weil sie sich eben wenigstens einmal wöchentlich nicht mehr als Arbeiter, sondern als Bürger fühlen wollen.

Franz Landee, Erkrath bei Düsseldorf.

Kunstwollefabrik in Minden niedergebrannt

Minden. In der vergangenen Nacht brach in der Kunstwollefabrik Noll in Minden ein Großfeuer aus, das außerordentlichen Schaden anrichtete. Die Fabrik brannte bis auf die Grundmauern nieder, da die Flammen in den Wollevorräten reiche Nahrung fanden. Zuerst war das Feuer in einem Lagerraum westlich des Fabrikgebäudes entdeckt worden, worauf die Feuerwehr alarmiert wurde. Die Mindener und zwei andere Feuerwehren, dazu Reichswehr und Reichswasserschutz, nahmen an der Bekämpfung des Feuers teil, konnten aber wenig Erfolg erzielen, da die Wasserbeschaffung Schwierigkeiten machte. Man schätzt den Schaden auf einige 100 000 Mark. Durch die einstürzenden Mauern wurden außerdem mehrere Telephonleitungen zerstört.



Amerika-Post über Köln

Das Katapult-Flugzeug der „Bremen“, landete diesmal im Riehler Rheinhafen in Köln. Eine knappe Viertelstunde nach seiner Ankunft starteten bereits mehrere Flugzeuge nach allen Teilen Deutschlands mit der umgeladenen Amerikapost. Unser Bild zeigt die Landung der „New York“ im Riehler Rheinhafen.



Vom stürzenden Baum zerquetscht

wurde ein Postauto bei Swinemünde. Der Führer, der abgestiegen war, um einen vom Sturm auf die Straße geworfenen Ast fortzuräumen, kam mit dem Schrecken davon.



Kattowitz — Welle 416,1

Freitag. 16.20: Konzert auf Schallplatten. 17.25: Vortrag, Berichte. 18.00: Konzert, Uebertragung aus Warschau. 19.00: Vorträge. 20.00: Liederstunde. 20.30: Symphoniekonzert, die Abendberichte, Uebertragung aus Warschau.

Warschau — Welle 1415

Freitag. 12.05: und 16.30: Schallplattenkonzert. 17.15: Vortrag. 17.25: Für die Frau. 18.00: Konzert eines Mandolinenorchesters. 20.05: Vortrag. 20.30: Symphoniekonzert. 22: Berichte.

Gleiwitz Welle 325. Breslau Welle 253

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13,06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15,35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19,20: Wetterbericht. 22,00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24,00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Freitag. 9.45: Uebertragung aus Frankfurt a. M.: Jahresversammlung des Deutschen Städtetages. 15.30: Das Mikro im Warenhaus. 16.00: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau. 16.30: Uebertragung aus dem Cafee „Goldene Krone“, Breslau: Unterhaltungsmusik. 17.30: Kinderzeitung. 18.00: Schlesischer Verkehrsverband. 18.15: Hans Bredow-Schule, Staatskunde. 18.40: Stunde der Technik. 19.05: Für die Landwirtschaft. — Schaljapin singt. 20.05: Zahnheilkunde. 20.30: Tanzspiel. 22.10: Abendberichte. 22.35: Handelslehre.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Versammlungskalender

Programm der D. S. J. P. Königshütte.

Donnerstag, den 26. September: Spiele im Freien.
Freitag, den 27. September: Probe fürs Stiftungsfest.
Sonnabend, den 28. September: Bastelabend, Rote Falken.
Sonntag, den 29. September: Leimabend.

Achtung! Arbeitersänger Bismarckhütte, Königshütte, Schwientochlowitz!

Männerchorproben Freitag, den 27. September, um ½8 Uhr, bei Paschek und Montag, den 30. September, um 8.15 Uhr, im Volkshause.

Bismarckhütte. (D. M. V.) Am Donnerstag, den 26. September, nachmittags 6 Uhr, findet beim Herrn Greitel, ul. Krakowska, die fällige Mitgliederversammlung statt. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten, da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen.

Bismarckhütte. (Maschinisten und Heizer.) Am Donnerstag, den 26. September, nachmittags 4 Uhr, findet bei Brzezina die fällige Mitgliederversammlung statt.

Königshütte. (Ortsausschuß.) Am Sonntag, den 29. September d. Js., nachmittags 2 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses die fällige Ortsausschußsitzung des Ortsausschusses Königshütte statt. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, auf Teilnahme ihrer Delegierten zu achten. Bei Behinderung ist der Ersatzmann zu benachrichtigen. — Am Freitag, den 27. d. Mts., abends 6 Uhr, findet eine Vorstandssitzung desselben Ortsausschusses statt. Jedes einzelne Vorstandsmitglied muß zugegen sein.

Myslowitz. (Arbeiterwohlfahrt.) Am Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr, findet im Chelinskischen Lokale eine Frauenversammlung statt. Referentin: Genossin **Kowoll.**

Myslowitz. (Freiheit.) Die nächste Uebungsstunde findet am Sonntag, den 29. September, um ½5 Uhr nachmittags, im Vereinslokal Chylinski statt.

Nikolai. (Ortsausschuß.) Am Sonntag, den 29. September, um 3 Uhr nachmittags, findet die fällige Sitzung vom 3. Quartal des Ortsausschusses des A. D. G. B. im Lokale „Freundschaft“ statt. Die Delegierten werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Eine besondere Einladung ergeht nicht. Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.